

7 17/3

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gravenstr. 1/6, und durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Zur Zeitungsgebühr beträgt für die einjährige Colonien- oder Fern-Post 25 Pfennige, für Arbeitsnachrichtendienst und Veranlassungsgeld 15 Pfennige, Anzeigengeld 25 Pf. Interests für die nächste Nummer müssen bis Samstag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 63.

Breslau, Mittwoch, den 15. März 1911

22. Jahrgang.

Volksernährung, Volkseinkommen, Volksbesteuerung.

Ueber dieses Thema führte Genosse Emanuel Wurm am letzten Sonntag im Gewerkschaftshause etwa folgendes aus:

Genossen und Genossinnen! Seit 10 Jahre sind es her, daß der große G-lehre Kup- s Viebig bemüht war, wissenschaftlich zu erforschen, was der Mensch an Nahrung zu sich nehmen muß, um gesund und kräftig zu bleiben. Die Tatsache aber, daß seit dieser Zeit 70 Jahre vergangen sind, hat daran nichts geändert, daß die Ernährung der großen Masse noch heute weit davon entfernt ist, den zu genügen, was die Wissenschaft an Forderungen aufgestellt hat. Ein Nachfolger Viebigs Professor Voit hat bereits in den sechziger Jahren, indem er sagte, es sei eigentlich, daß man wohl die Ernährung der Tiere genau studiert und geregelt hat; aber die Ernährung des Menschen liegt noch immer im Argen. Das kommt daher, daß sich ein Fehler in der Ernährung der Tiere formt in einer Mindernahme ausdrückt, was beim Menschen nicht der Fall ist. Auf dem internationalen Hygiene-Kongress ist gesagt worden, daß die Ernährung der Haustiere mit Erfolg gefördert worden ist; diesmütterlich sei dagegen die Volksernährung. Dieser Kongress hat dann weiter darauf hingewiesen, daß die schlechte Ernährung viele Krankheiten und eine hohe Sterblichkeit zur Folge hat. Viele meinen, es genügt, dem Volke zu sagen, wie schlecht es lebt und wozu es leben soll. Molendort stellte den Grundfals auf: Sage mir, was du isst und ich werde dir sagen, wer du bist. Aber die Ernährungsfrage ist nicht nur eine Frage der Wissenschaft, sondern auch eine politische Frage. Es ist deshalb vom rein sozialen und politischen Standpunkt aus nötig, die Massen darüber aufzuklären, was die Wissenschaft in der Ernährung für Forderungen stellt, und unsere Aufgabe als Sozialpolitiker ist es, zu sagen: So lebt das Volk!

Die Wissenschaft sagt uns nun, daß das Leben ein ewiger Stoffwechsel ist. Die Stoffe werden aufgenommen, verbaut und zum Teil wieder ausgeschieden. Man kann den Stoffwechsel auch mit einer Verbrennung vergleichen. Je mehr der Körper arbeitet, um so mehr brennt die Flamme des Lebens, um so mehr Nahrung braucht aber auch der Mensch, und er muß ferner die nötige Zeit haben, um die Stoffe, die zur Ernährung führen, auszuscheiden. Wo die Arbeitszeit zu lang ist, da wird der Körper ermattet, aber meistens von der Forderung der Notwendigkeit weiter vorwärts getrieben. Hier stellen sich dann all die ungeliebten Erscheinungen ein, daß sich der Mensch durch den Schnaps vorwärts treibt, wie das Pferd durch die Peitsche zu größerer Anstrengung gezwungen wird. Doch so wenig das Pferd dadurch neue Kraft bekommt, erlangt je der Mensch durch den Alkohol. Das Essen ist eine Arbeit, die mit Ruhe ausgeführt sein will. Genügende Mittag- und Abendpausen sind darum eine Forderung der Wissenschaft.

Was sagt nun die Wissenschaft über die Frage, was wir essen sollen, kann alles aus unserer Nahrung dienen? Nein, das ist nicht der Fall, wie jeder weiß. Der Redner behandelte nun in längeren Ausführungen und unter gewandtester Aufmerksamkeit der Anwesenden die Bedeutung von Etwas, Nahrung, Zeit usw. für die Ernährung des Menschen, wobei er die Forderungen der Wissenschaft besonders hervorhob. Wir brauchen, so führt Redner unter anderem aus, zum Leben auch frische Luft, und es sieht so aus, als wenn daran kein Mangel sein könnte. Wir kommen aber bald dazu, einzusehen, daß nicht nur die Luft, sondern ebenfalls die Luft vergeblich ist. In der Fabrik, in der Werkstatt und Wohnung müssen wir die Luft teuer bezahlen. Unsere preussische Polizei hat verlanget nach einer ministeriellen Verordnung, die allen Anforderungen der Wissenschaft genügt. Sie einen Menschen 20 Kubikmeter Luftraum, aber nur für die 11 Stunden des Schlafens. Diese Verordnung gilt auch für Werkstätten. Ich frage Sie aber, ob man sich in Fabriken danach richtet. (Zehr richtig.) Ein Wohnungsgesetz haben wir ja in Preußen nicht. Das haben ja die Sachverständigen des Reichsanstalts in einem Gutachten, daß jede Familie eine Wohnung haben müßte, die mindestens einen Wohnraum, eine Schlafkammer und eine Küche hat. Auch in Breslau erklärte einmal ein Professor, daß jede Wohnung aus mindestens drei Zimmern bestehen soll. Je armer der Mensch ist, um so kleiner muß er seine Wohnung und Domizil und damit die Luft bezahlen. Bei einem Einkommen unter 1200 Mark jährlich beträgt die Wohnungsmiete ein Drittel des Einkommens, bei 1600 Mark ein Sechstel, bei 3000 bis 4000 Mark nur ein Zehntel. Nach einer Breslauer Wohnungs-Zeitung sind die Wohnungen der armen Leute verhältnismäßig teuer, als die der reichen Leute. In der Zeit vom Jahre 1890 bis 1900 stieg der Mietanteil bei einem Einkommen von 120 Mark von 20 auf 32 Prozent, während er bei einem Einkommen von 18.000 Mark von 2 auf 7 Prozent heruntergegangen ist. Bei einem Einkommen von 60 000 Mark betrug vor zwanzig Jahren die Miete 1/3 Prozent, jetzt 2/3 Prozent. Für die Reichen sind also die Wohnungen billiger geworden, für die Armen teurer. Das ist die verkehrte Welt. Der amtliche Vermieter führt dem Arbeiter in die Taschen des Hausbesizers gestossen ist. In Wirklichkeit ist das aber ein Jammer. Breslau hat auch 11 Prozent Wohnungen mit einem Zimmer, in Karlsruhe sind es nur 3 Prozent. Das Wohnungseld ist also sehr groß. Es ist Aufgabe der städtischen Verwaltungen, für billige Wohnungen zu sorgen, und eine Wohnungs-Politik zu treiben, durch die die Arbeiter zu gesunden Wohnungen kommen, und zwar ohne die Stelle, die dabei vom Unternehmer den Arbeitern angelegt wird. Zum Beispiel haben wir ja gesehen, wie die Bergverwaltung ausfällige Arbeiter, zu Weingarten, im Winter also, auf die Straße setzte. So lange Graf Posadowski Minister war, haben wir in ihm gewiß einen der besten seines Standes. Trotzdem standen wir gegen ihn im Kampfe, weil er uns zu wenig Zugeständnisse machte. Im vorigen Jahre nun, in München, hat Herr von Posadowski in einem Vortrag über die Wohnungsnot gesagt, die Städte müßten für gute, billige Arbeiterwohnungen sorgen, aber der guten Wohnungspolitik helfe sich das Nutzamerrecht des Hausbesizers entgegen. Das sagt derselbe Mann, der als Minister das Dreiklassenwahlrecht eingeführt hat. Der große Bekämpfer der Arbeiterbewegung, Robert Koch, hat geschribelt, wie die Arbeiterbewegung mit einer Wohnungsfrage ist und die ungeliebten

Bahn- und Arbeiterräume daran schuld sind, daß der arme Bürgengel trotz aller Spundnäpfe noch weit und breit herrscht. Das Wasser, von dem ichenbar auch genug vorhanden ist, fehlt dem Arbeiter auch nicht selten. Die Zigarettarbeiter auf dem Lande und nicht minder viele Arbeiter in der Stadt haben oft nicht das nötige Wasser. In den Werkstätten und Fabriken sollte der Arbeiter Gelegenheit haben, sich warme Getränke zu bereiten.

Die Ernährungsfrage ist nicht so leicht zu lösen, und sie wird noch ungeheuer erschwert durch die systematische Verteuerung gerade der wertvollsten Nahrungsmittel durch Zölle und Steuern, die heute jeden Kopf der Bevölkerung bereits mit 25 Mark beladen. Diese Zwareigkeit zu überwinden, werden vielerlei Vorschläge gemacht. Man gründet Haushaltungsschulen, um das praktische Kochen zu erlernen. Das ist zu begrüßen. Nicht zu begrüßen ist aber der traurige Versuch, den jungen Arbeitermädchen in solchen Schulen das Kochen ohne eigentliche Nährprodukte lernen zu lassen. Fordern müssen wir, daß gerade den heranwachsenden Ausländerinnen eine gründliche Kenntnis über das heilige Kochen wird, was eben Nährstoff bedeutet. All diese Rezepte, die heute zur Volksernährung auch bei Veranlassung des Staates herausgegeben werden, sie stehen in schreiendem Widerspruch zu dem, was die Wissenschaft fordert. Welt Millionen durch die denkbar verkehrteste Wirtschaftspolitik und durch eine räuberische Zoll- und Steuerpolitik ohne Rücksicht auf den Arbeiter, so folgt man, daß sie also auskommen können. Aber selbst der Staat muß, wenn er zum Beispiel für seine Marine die Regeln für die Ernährung festsetzt, indirekt dem Arbeiter helfen, wie traurig das Volk lebt. Für die Marine wird allem auf den Kopf fünf Pfund Fleisch und ein Pfund Butter wöchentlich gefordert, ein Tag, der für die Mehrheit der Arbeiter durchaus nicht berechnet werden kann. An Rohmaterial für Marinemannschaften täglich 1 Mark in Anrechnung gebracht. Würde dieser Betrag auch für jeden Mann einer Arbeiterfamilie mit halberwachsenden Kindern berechnet, dann müßte eine solche vierköpfige Familie allein für Nahrungsmittel täglich 1 Mark zur Verfügung haben. Trotz alledem verlangt man, daß die Ernährungswissenschaft einen geringeren Wert auf Etwas und auf Fleischnahme legen soll, damit eben die Armen nicht gar zu sehr die Konsequenzen aus dieser Wissenschaft ziehen. Ganz besonders leisten sich die Gelehrten auf diesem Gebiet etwas. Dieselben Gelehrten, die mit den Junkern jede Steuererhöhung misshandeln, sie haben mit 40 Pfennigen eine Maßzeit für eine ganze Familie herzustellen. Und wo diese Priester bei solchen Beiträgen kein Fleisch in Rechnung setzen können, da empfehlen sie den Arbeitern Zurückhaltung und Sparsamkeit in Geld, dessen der Arbeiter, dank seiner jämmerlichen Ernährungsweise, allerdings schnell teilhaftig werden kann. (Stürmische Zustimmung.)

Ein beliebtes Schlagwort unserer Zeit ist die Behauptung, daß das deutsche Nationalvermögen um 11.000 Millionen Mark gestiegen sei. Man stellt es so dar, als ob an diesem Vermögen die Gesamtion beteiligt sei. Aber so wenig man sagen kann, daß zwei Menschen satt werden von dem Kotelet, daß der eine ist, ebensowenig kann man sagen, daß die Armen am Nationalvermögen beteiligt sind. Das betreffen am meisten die Steuererschätzungen. 12 Prozent der Bürger unseres Staates haben ein Einkommen unter 400 Mark; das sind und noch Millionen anderer Bürger mit etwas höherem Einkommen. Kein Vermögen haben und versteuern können, leuchtet ein. Es handelt sich um ein Schlagwort, gebraucht von Leuten, die unwissenschaftlich genug sind, in den Zeiten unserer maßlosen Steuerungsverhältnisse den Anschein zu erwecken, als könnten auch die Armen noch mit Bruchteilen am „Nationalvermögen“ beteiligt sein. In Wirklichkeit gibt es kein Nationalvermögen, und was man so nennt, gehört nur einem kleinen kapitalistischen Minorität.

Die ärmeren Schichten zahlen 1/2 Mal so viel indirekte Steuern, wie die Reichen, und das war vor der neuen Besteuerung. Das ist die wirtschaftliche Ordnung, die die Schwachen und die Junker verteidigen. Dazu sagen sie dem armen Mann: Sei zufrieden, im Jenseits wirst Du besser gehen. Wenn die Herren das Patriotismus nennen, dann sagen wir, daß das Volk nicht ausgeplündert und im Irden hingemordet werden soll, wie es heute geschieht. Was würden sich die Arbeiter in ihren Organisationen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Erfolg? Die Danziger Handelskammer schrieb kürzlich, daß sich die Löhne der Arbeiter überall erhöhen, aber es fehle das Gegenstück, die Besserung ihrer Lage. Was sich der Arbeiter erkämpft und erzieht, das nimmt der Junker und der Pflanze durch die indirekten Steuern wieder weg. Nach einer Statistik der Dresdener Ortskrankenkasse sind die Löhne in den letzten Jahren um 15 bis 16 Prozent gestiegen, die Haushaltungskosten aber um 18 Prozent. Auf der anderen Seite ergeben die statistischen Erhebungen des Reiches, daß 90 Prozent aller Haushaltungen ein Einkommen haben, das nicht zur Deckung der notwendigen Ausgaben hinreicht. In 40 Prozent der Haushaltungen muß ein Nebenerwerb hinzutreten, der Verdienst der Frau. Etwa 50 Prozent aller Lohnkämpfer waren notwendig, um das auszugleichen, was der Staat an Besteuerung den Arbeitern brachte. Die Frau eines Soldaten in Charlottenburg schrieb auf den Fragebogen des reichsstatistischen Amtes, daß sie sich bucken und winden muß, um nur das nackte Leben zu kriegen. Sie hat recht. Die amtliche Statistik zeigt, daß der Arbeiter nicht das notwendige Fleisch hat, auch nicht die übrigen Nahrungsmittel. Aber immer, wenn die Zeiten bis zu einer gewissen Not gestiegen sind, entstehen aus den Reihen, die uns bekämpfen, die größten Anführer der heutigen Ordnung. Als die aufstrebende Industrie in Rheinlands-Westfalen vorrückte, da schrien die Beamten des preussischen Staates, wenn das so weiter geht, bekommen wir keine Soldaten mehr. Jetzt geht es ebenso. Man sieht, daß die Stille der Reaktion, die Landarbeit, die anfangs rebellisch zu werden, denn der Arbeiter ist ein guter Rebell. Dr. Knap von der Zentralstelle für Volkswirtschaft schreibt, daß auf dem Lande, während sie im ganzen Reich nur 18 Prozent betrug, der Arbeiter mit dem Schnaps treibe im Waldenburger Gebiet sein Unwesen. Bei 12 Jahren werden den Kindern mit 1/2 Liter Schnaps getrunken, in den Rand gesteckt, damit sie nicht hungern und der Schnapsbergbau ist entstanden. Im Jahre 1877 haben wir auf 1000 Einwohner 10 Geburten, jetzt 25. Die Bevölkerung ist in den armen Gegenden der größten. Redner hat sich heraus, daß die Säng-

lingssterblichkeit auf dem Lande die in der Stadt übersteigt, und das trotz der für die Landwirtschaft eingeführten Getreide- und Viehzölle. Wie die Not es ist, die die Sänglingssterblichkeit hervorruft, das sehen wir in den Berliner Arbeiter-vereinen, wo sie 23 Prozent beträgt, im Tiergartenviertel der Reichen aber nur 3 Prozent.

Und wenn wir uns im übrigen die Landkarte ansehen, finden wir, daß da, wo es recht schwarz ist, auch der Schnapsverbrauch am höchsten steht. Der Industriearbeiter ist aufgebrach, unser Schnapsbottel wird. Der Antrag Ihres Genossen Lobe auf dem Reichstags-Parteitag hat gute Erfolge gehabt. (Bravo!) Den Junkern würde die Viebesgabe jetzt schon fließen gegangen sein, wenn nicht im letzten Augenblick der Bundesrat das Gesetz geändert hätte. Das ist der beste Beweis, wie der Staat, der nicht genug tun kann mit Frankfurtergesetz, den Schnaps in Wirklichkeit unterstützt, indem er das Viebesgabengesetz aufrecht erhält.

Man gibt dem Arbeiter eine Karte in die Hand, damit er bis zum 70. Lebensjahre leben kann. Aber nur 3,8 Prozent der Menschen werden 70 Jahre alt, und von den Arbeitern leben viel länger als die Armen. Prof. Rudner sagt, Krankheit und Sterblichkeit in den unteren Schichten werden durch die schlechten Einkommensverhältnisse verursacht. Schon Lassalle hat im Jahre 1863 gezeigt, wie wenig das Volk lebt. Ein Sterben vor Hunger gibt's nicht, jagt gar mancher. Das Sterben vor Hunger kann aber im doppelten Sinne aufgefaßt werden. Wer fortwährend weniger eintrahmt, als er ausgibt, wessen Körper mehr Kraft verbraucht, als ihm durch die Nahrung neu zugeführt wird, der stirbt zwar nicht plötzlich dahin, sondern der Prozeß des Hungersterbens dehnt sich lange aus, er ist ein immerwährender. So ist es leider noch heute. Denn wenn auch unsere Bewegung stärker geworden ist, so bleibt uns doch noch sehr viel zu tun übrig. Nur eins kann uns befreien, die Wissenschaft und die Arbeiterkraft, sagt Lassalle. Die Wissenschaft, das ist die Aufklärung darüber, was den Arbeiter angeht. Es gilt die Forderungen der Wissenschaft in die Tat umzusetzen. Das ist die gewaltige Aufgabe, die wir erfüllen müssen: agitieren und organisieren. Nicht die Köpfe einschlagen, nicht abschlagen, sondern aufklären. So werden wir mit der Wissenschaft in der Hand weiter arbeiten, bis das Volk satt zu essen hat und die Wissenschaft eine Tat der Menschheit geworden ist.

Stürmischer, lang anhaltender Beifall lohnte den Redner für seine lehrreichen Ausführungen.

Politische Uebersicht.

Die Fortsetzung der sozialpolitischen Debatte.

Im Reichstag wurde am Montag die sozialpolitische Generaldebatte fortgesetzt. Zunächst sprach der Erzbischof des Reichstags, Herr Sirejemann, der Erzbischof der Nationalliberalen. Er legte feierlich das Bekenntnis seiner Fraktion zum Schutze ab, leistete sich ein paar kühne Angriffe gegen die amerikanischen Trusts und eine von der Rechten verständnisvoll begrüßte Anrempelung der freien Gewerkschaften. Auf die außerordentlich lange Rede des Dr. Sirejemann folgte eine fast noch längere des Staatssekretärs Dr. Delbrück. Die wichtigste Partie der Rede war eine philosophische Begründung des Stillstands der Sozialpolitik. Jedenfalls führte der Nachfolger Posadowskis den blühenden Beweis, daß er kein talentvoller Minister ist. Ganz schwach war, was Herr Delbrück über die holländische Abhandlung des Reichsvereinsgesetzes sagte. Es war das alte Klischee der „vereinzelt Uebergriffe“. Zu dieser Ausrede schrieb die mit erdrückendem Material belegte Anklage der Polen Breslauer in den kräftigen Kommentaren.

Der antisemitische Badermeister Kieseberg hatte die rechtliche Absicht, eine scharfmaschige Brandrede zu halten; es wurde jedoch eine unfehlbare, aber darum um so alligere Herrede daraus, die dem Hause beziehungsweise den wenigen Abgeordneten, die noch im Hause waren, eine heitere Stunde bereitete.

Nachdem noch der Umstand, daß Bruhn die Rednertribüne bestieg, eine allgemeine Saalstucht veranlaßt hatte, von der nur zwei Duzende ultramontaner, konservativer und antisemitischer Abgeordneter sich ausschlossen, wurde die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag vertagt.

Eine Anklage.

Einen viel bedeutsameren Tag als den „großen“ des Modernistendebate, hatte das Dreiklassenhaus am Montag. Schon die Auseinandersetzungen über die von der Budgetkommission beantragte Resolution betreffend die Sicherstellung des Einflusses der Kirche auf die Schule war sehr interessant. Nachhaltig forderten die Schwarzen und die Junker die Auslieferung der Schule an ihre schlimmsten Feinde, an die Pfaffen. Es grenzt freilich an Komische, wenn so ein schwarzer Schwarze behauptet, der Religionsunterricht sei die Sonne, die alles in der Schule durchleuchtet und durchwärmt. Mancher Schwarze mag bedauern, daß die Wärme dieser Sonne nicht zu einer kleinen Reiterverbrennung ausreicht, aber für unsere Junker wäre da vielleicht ein Fingerzeig gegeben, wie man in der Schulsetzung sparen könnte. Unser Fraktionssenior, Genosse Diehnert, ging nach Besprechung prinzipieller Schlußfragen auf jene Tätigkeit der Schulaufsichtsbehörden über, die zur Aufklärung der Jugendorganisationen (natürlich nur der sozialdemokratischen!) zur Störung aller nur möglichen Veranstaltungen, die unternommen werden, um die Großhändler der Verwirklichung zu bewahren und dazu geführt haben, daß

man sogar den Turnbetreibern (natürlich nur denen der Arbeiter!) verbot, etwas für die körperliche Ausbildung der jungen Leute zu tun, die das harte Maß der Lohnarbeit zu einseitiger Körperlichkeit zwingt. Abgeordneter Dieb. Kredit konnte Tatsachen vorbringen, die wir unter der herrschenden Pressefreiheit nicht nach Gebühr kennzeichnen dürfen, über die aber Diebkecht im Landtage Worte gesprochen hat, wie sie ein preussischer Minister selten gehört haben wird. Herr Lott zu Solz versuchte auch nicht, jene oberflächlichen Polizeitalen zu rechtfertigen, er entschuldigte sie bloß und führte sich den Verkauf der Rechte und des Zentrums mit der Erklärung der Verfolgung sozialdemokratischer Jugendorganisationen zum Reglerungsgrundsatz.

Die Lehre von Siegen-Nibba.

Die Aufstellung eines nationalliberalen Kandidaten im Wahlkreis Breslau-Ost läßt es angebracht erscheinen, sich mit dem Schicksal dieser Drehscheiben-Partei etwas gründlicher zu beschäftigen. Und dabei wird das Wahlergebnis von Siegen immer eine erhebliche Rolle spielen. Die heftigen Nationalliberalen, unter Führung des Freiherrn v. Seyd und des verstorbenen Grafen Oriola, waren es, die sich dem sogenannten „Antikabmarisch“ der Nationalliberalen mit dem Rufe der Verweisung widersetzten. Die Annäherung an die Fortschrittliche Volkspartei, die gelegentlichen scharfen Auseinandersetzungen mit den Konservativen in den Berliner Parlamenten waren ihnen Grauel und Schmel. Mit der Rechten zu gehen und mit ihr auf alle Fälle durchzuhalten, selbst bei der schwarz-blauen Reichsfinanzreform, galt als höchste politische Weisheit. Und nun ist in Siegen-Nibba die Probe auf das Exempel gemacht worden.

Der Zusammenbruch der Rechtsnationalliberalen in Siegen ist schimmer als jener der Konservativen in Ostpreußen. In einem Kreise, der noch vor vier Jahren im Reichstage nationalliberal vertreten war, ist der nationalliberale Kandidat erster von rückwärts geworden. Von 23.509 abgegebenen Stimmen vereinigte er genau 2516 auf sich, weniger als ein Neuntel, während er noch im Jahre 1907 über 7404 von 22.897 Stimmen, mehr als ein Drittel, verfügte. Allerdings hat der Siegener Nationalliberalismus diesen enormen Verlust hauptsächlich durch das selbständige Vorgehen der Fortschrittler erlitten, die ihm rund 5000 seiner bisherigen Wähler abnahmen; aber sicher wäre er einer schweren Niederlage auch dann nicht entgangen, wenn die Fortschrittler verhalten genug gewesen wären, für die Kandidatur Siegen einzutreten. Zweifellos wäre dann ein beträchtlicher Teil der 5000 Wähler gleich im ersten Wahlgang mit der Sozialdemokratie gegangen.

Zusammen haben Nationalliberale und Fortschrittler nur wenige Stimmen mehr erhalten, als im Jahre 1907, während der Antifemite 1059 Stimmen verlor, der Sozialdemokrat 1380 gewann. Die konservative Presse zieht aus diesen Zahlen die Lehre, daß der „Kud nach links“ nur den Sozialdemokraten zugute komme. Das mag nun richtig sein oder nicht, jedenfalls hat sich gezeigt, daß für einen „Kud nach rechts“, wie ihn die heftigen Nationalliberalen probierten, die Zeit über gewährt ist. In diesem Punkte verstehen die Wähler nun keinen Spaß. Das mag sich auch der Breslauer nationalliberale Kandidat gesagt sein lassen.

Dem Ausgang der Stichwahl sieht die Sozialdemokratie mit größter Mißbilligung entgegen. An dem Siegener Mandat hängt nicht ihre Selbstehre. Wenn die Fortschrittler, wie allgemein erwartet wird, in der Stichwahl für Genossen Bedmann stimmen, so tun sie das nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie, sondern um sich den Vor-

wurf zu ersparen, sie hätten den Antifemiten ein Mandat ausgeliefert. Die letzten zehn vom vierten Regiment, die sich um das Geplänkchen des Professor Gisebrius scharen, werden sich aber wohl zu den Antifemiten gesellen, um sich unter der Fahne der Judenhege noch einmal schlagen zu lassen. Doch das mag kommen, wie es will, für die Sozialdemokratie wird es gut sein!

Die Nationalliberalen wollen den Antifemiten nicht unbedingt Gefolgschaft leisten. Ihr Siegener Wahlschicksal hat mit 13 gegen 5 Stimmen zwischen dem Antifemiten Werner und dem Sozialdemokraten Bedmann freizustellen. Die bisherigen Führer der Siegener Nationalliberalen, Rechtsanwalt Kaufmann, Professor Duley und Professor Krausmüller, sollen insoweit ihre Ämter im Vorstabe niedergelegt haben. Der heftige Nationalliberalismus zerfällt.

Der christliche Wittwen- und Waisenschwindel.

Nach dem berüchtigten Schwindelgesetz vom Jahre 1902, der sogenannten leg Trimborn, soll der Nettoertrag aus der Verzollung von Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch, der den Durchschnittsertrag der Jahre 1898—1903 pro Kopf übersteigt, zu Zwecken der Wittwen- und Waiserversorgung verwendet werden. Die bis 1. April 1910 angehäufte Summe sollte das Inkrafttreten der Verzollung ermöglichen. So versicherte das Zentrum, um vor den christlichen Arbeitern den Hohnraub zu beschönigen.

Als der 1. April 1910 heranrückte, war aber weder Geld da noch ein Gesetz, das über die Verwendung des Geldes etwas bestimmte. Man machte also ein Notgesetz, durch welches das Inkrafttreten der Wittwen- und Waiserversorgung auf den 1. April 1911 verschoben wurde. Jetzt ist dieser Termin fast erreicht — da kommt eine neue Notvorlage, die eine weitere Verschiebung bis zum 1. Januar 1912 bezweckt. Und die Summe, die seit dem Inkrafttreten des Zolltarifs zurückgelegt wurde, beträgt jetzt noch nicht 50 Millionen Mark, ein ganz lächerliches Bettelgeld im Verhältnis zu der Größe der Aufgabe, die damit gelöst werden soll.

Den Arbeitern hat man Milliarden abgenommen, für die Wittwen und Waisen ist aber noch nichts getan. Und jetzt suchen sich die entlarzten Zentrumschwindler in der „Germania“ und ähnlichen Blättern auf folgende Weise herauszureden:

„Das Zentrum wollte mit seinem Antrage, daß die Zollrücklagen, die die Waisen der Bevölkerung hauptsächlich zu tragen haben, auch den ärmeren Klassen wieder zugute kämen; darum sollten sie für die Sinterbliebenen-Versicherung aufgespart werden. Wenn nun die Zölle die prognostizierten Mehreträge nicht ergeben haben, so kann das dem Zentrum doch gar nicht so unangenehm sein, weil es recht mit seiner Behauptung behaupten hat, daß die Zölle nicht so bräunlich und verberbtlich sein würden.“

Wie müssen die Herren Zentrumsjournalisten, die solche Sätze niederschreiben, bei dem Gedanken lachen, daß es einfältige Menschen gibt, die ihnen ihre Lügen aufs Wort glauben!

Wer nur eine Ahnung von den Dingen hat, um die es sich handelt, der weiß, daß die Erträge der leg Trimborn in keinem Verhältnis stehen zu den Lasten, die der Zolltarif den Massen der Bevölkerung aufgeladen hat.

Der Zolltarif macht sich fühlbar in der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel, die durch die Absperrung Deutschlands von der ausländischen Lebensmittelfuhr hervorgerufen ist. So ist durch den Zolltarif der Gesamtpreis, den das deutsche Volk für seinen Getreideverbrauch

allein zu bezahlen hat, um jährlich eine Milliarde über den Weltmarktpreis erhöht worden.

In der Zeit, in der 50 Millionen Mark für die Wittwen und Waisen aufgespart wurden, sind vom Volk 5000 Millionen für Getreideverwertung bezahlt worden. Die durch die sonstigen Lebensmittelzölle hervorgerufene Belastung ist da noch gar nicht mitgerechnet! Was den ärmeren Klassen von den Zollrücklagen (die nach dem Gefändnis der „Germania“ hauptsächlich von den Massen der Bevölkerung getragen werden) wieder zugute kommt, ist also weniger als ein Hundertstel!

Von je hundert Mark, die dem arbeitenden Volke durch die Zollpolitik des Zentrums genommen werden, wird ihm auf Grund der leg Trimborn noch nicht eine Mark zurückgezahlt.

Auch der „Germania“ muß ferner die Tatsache bekannt sein, daß durch das System der Einfuhrschneide die Wittwen- und Waisenkasse jährlich um viele Millionen zu Gunsten der Getreideexportierenden Großgrundbesitzer geschädigt werde. Es heißt wirklich das Gewerbe der Zeitungsschreiber proklamieren, wenn die Herren von der Zentrumspresse diese bekannnten, nicht zu leugnenden Tatsachen vor einem bedauernswert unwilligen Publikum in so dreister Weise zu entstellen versuchen.

„Daß die Lebensmittelzölle keinen größeren Ertrag geliefert haben, ist nicht sonderlich bedauerlich“, schreibt die „Germania“ zum Schluß. Wirklich nicht? Da hat sie wohl ganz vergessen, daß das Zurückbleiben der Zollrücklagen aus dem neuen Zolltarif die Schwarzblau-Reichsfinanzreform mit ihren Bier-, Tabak-, Branntwein-, Tee-, Kaffee-, Zündholz- und Leuchtmittelsteuern zur Folge gehabt hat. Die agrarische Zollpolitik des Zentrums hat dem Volke Milliarden gelostet, sie hat den Zentrumsmagnaten und den ostelbischen Junkern Milliarden eingetragen, sie hat aber die erwartete günstige Wirkung auf die Reichsfinanzen nicht gehabt. Die Junker fressen alles auf, für die Allgemeinheit bleibt nichts übrig!

Die „Germania“ findet das „nicht sonderlich bedauerlich“!

Im gemeinschaftlichen Saubstange für Koburg und Gotha wurde ein Antrag des Abg. Arnold, des Präsidenten des Koburger Landtages, einstimmig angenommen, der die Staatsregierung ersucht, Erhebungen darüber anzustellen, inwiefern die durch die Ausführung der reichsrechtlichen Bestimmungen erwachsenden Ausgaben zur Herstellung der finanziellen Gemeinshaft der beiden Herzogtümer führen könnten, und wie sich durch eine solche Gemeinshaft die Verhältnisse der beiden Herzogtümer in Zukunft gestalten würden.

Reichstagsarbeit. Nach einer parlamentarischen Korrespondenz soll dem Reichstage der Gesetzentwurf über den Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit noch vor Ostern zugehen. Außerdem solle ihm nur noch das Privatbeamtenversicherungs-gesetz vorzulegen werden. Eine Reihe von anderen kleineren Vorlagen (Einwurf über die Faltung der Straßenbahnen für Sachschäden, Seemannsrecht usw.) würden dem Reichstage erst in der nächsten Session zugehen, da er mit Material bereits sehr überlastet sei.

Dem Verdienste seinen Orden. Kriegsminister von Heeringen und einige seiner Offiziere sollen als Anerkennung für ihre Verdienste am Jugoslawienkrieg des neuen Ordens bekommen. Diese „Auszeichnungen“ sind gewiß sehr leicht verdient, denn von Bemühungen oder Kämpfen konnte ja gar keine Rede sein, nachdem die bürgerlichen Parteien von allem Anfang an bereit waren, die Militärvorlage in ihrem vollen Umfange zu bewilligen. Oder sollten die „verdientlichen“ Kämpfe auf einem anderen Gebiete ausgeführt worden sein? Etwas zwischen Kriegsministerium und Reichstagsamt?

Eine Parteikasse. Im Wahlkreis Ostpreußen-Minden-Dübener Stadt hat sich ausgerechnet die Wirtschaftliche Vereinigung den Spieß geleitet, den Wahlern gleich zwei Kandidaten zu präsentieren. In Ostpreußen kandidiert der Gymnasiallehrer Denkel, in Minden der Kaufmann Jerschow. Keiner der beiden Anwärter hat die

Maria Hendrina von Goch.

Novelle von Louise Schütz-Brück.

6) (Nachdruck verboten.)
Hildegard Weingärtner hatte sich in Hendrinas Arm eingeklemmt und zog sie zitternd mit sich fort. Sie wußte heute noch nicht, was sie mit dem Kinde machte. Der Herr war nicht da. Ihre Augen gingen bemerkt über den Hof, großen Buchen. Länger genug hätte sie so viel „Lachen“ und auch Finger wischen, als sie zur Wäsche kam.
„Gott, Hendrina, wenn ich mich nicht verheiratet hätte, wie wäre ich im weißen Kleid anzusehen!“

„Zum Ball in einem weißen Kleid! — Hendrinas Herz begann unruhig zu klopfen. Aber sie war ja noch nie auf einem Ball gewesen. Und das hätte ihr Vater auch nicht! Ein Kleid hatte sie auch nicht!

„Aber dann kam ich doch?“
„Lachen! In Langenbude hatte sie gehört im letzten Winter, als sie in Goch bei den Adornen in die Klosterkirche ging. Natürlich nur Mädchen untereinander. Mit einem jungen Mann hatte sie noch nie getan.“

Die Hildegard sah sie erstarrt an. „Noch nie getan?“
„Und dann zog sie plötzlich die Hendrina an sich und wisperte eindringlich fragend:
„Du, bist du auch noch nie eine geliebt? —“

„Nein, nie.“
Hendrinas von Gochs Hand plötzlich still. Ein heftiges Rot lief über ihr Gesicht, bis unter die Haare. Und was für ein Blick! Sie sah über die Hildegard, die sie so lieblich anseh.

„Gehst du?“
„Und du bist die kleine Hendrina an zu lassen, ganz laut. Sie lachte, daß sie ihre Tränen in die Augen lassen. Und zwischen dem Buchen stand sie nur wachsam bereit.“

„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“

„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“

„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“

„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“

„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“
„Nein, nicht so noch! —“

der Rosetten fingen schwarz in den hellen Himmel. Hendrina von Goch sah lange hinaus. Zwischen zwei Rosenbüschen stand eine kleine Bank. Da fiel ihr ein, was Hildegard heute erzählt hatte. Und während sie lag und seltsame Gedanken durch ihren Kopf gingen, hätte sie brauchen den schweren Schritt des Rades, der die letzte Runde um das Schiff machte. Und irgendwo sah sie die Welt. Und dann dachte sie an Herr. Sondern, daß sie sich bis heute niemals vorgestellt hatte, wie es wohl sein würde, wenn der Herr sie ließe. Und wie die Hildegard gelacht hätte über sie. Ja die, das war eine! Die würde andere Dinge als sie, die doch fast ein halbes Jahr älter war.

„Hendrina ist der kleinen Studie rechtete jetzt ihr Vater sein Nachfolger her. Der Herr hätte recht unter der. Sie war gut bewacht, die kleine Hendrina von Goch. Aber sie fühlte etwas wie eine Fremde im Herzen. Der Herr? Sie hätte es nicht so lassen gewollt. Ein Schauer lief über ihren Körper, sie hätte weinen mögen. Und doch war ihr wohl zumute, fast wie einem Kinde, das mit klangem Entzücken einen Blick in die Welt aufgeschaut hätte. Die kleine Hendrina von Goch wachte nicht, daß sie schrie vor dem ersten Blick, den sie getan hatte in ein unbekanntes Land.“

„Später hätte sie ein. Und im Traum sah sie auf der Bank zwischen den Rosen.“

Der Schicksalstag war klar und hell. Der Himmel war ganz trocken vor Hitze, er leuchtete und strahlte unter jedem Blaustrahl, der die Wärme schmerzte und glühende Wärme. Aus den kleinen Schattungen der Rosen im Hinterhof wirkte der Raum ruhig in die Wärme, leuchtend ansehend. Jedes Geräusch laut durch die Hitze Luft so deutlich hörbar, daß das ganze Ziel erfüllt schien von einem Ringen und Klirren. Die Schwärze des Weges über den Hof war jetzt so weit gebrochen, daß die beiden Parteien, die von Wangen und die von Räderlein, beinahe auf der Höhe des Hofes zusammenstießen. Das hätte das Klirren der Räderlein, in das sich Klirrenklirren vom Rechenberg, von Wangen und Räderlein so unendlich mit anderen Tönen mischte, mit Klirren und Klirren auf den Schritten, mit Schreien und Schreien und all dem Geräusch des täglichen Lebens.

Hendrinas hätte es das kleine Kind an. Sie hatte die Welt gesehen und sah hinter sich die glühende Wärme. Sie hatte und hatte, ansehend. Es war ihr, als wäre und wäre sie die Dinge, die sie früher nie gesehen und gehört hatte. Ein Kinde fröhlich lachend mit klarem Blick, das auf dem Hofe stand, hatte sie sich auf dem Hofe nicht und fast ganz allein, was ihm von einem der Schiffe zugeworfen wurde. Die er drückte auf und abgaberte und kein metallisch glühendes Gefieder ansehend.

„Der Herr hat sie. Aber sie wollte noch nicht aufgeben. Es war so schön zu liegen und seinen Gedanken nachzugehen, immer, immer, immer. Sie wollte immer diesen Hof auf und abwandern. Sie hatte die Hildegard die Hand genommen. Sie hatte die Hildegard die Hand genommen. Sie hatte die Hildegard die Hand genommen.“

schäftigen; heute wollte sie es einmal sehr schön und lose flechten und ordnen. Auf den Ball wollte sie gehen. Ihr Vater mußte es zugeben. Warum sollte sie nicht haben, was alle anderen Mädchen hatten?

Ein schönes, weißes Kleid wollte sie haben, das schönste, was zu haben war. Warum auch nicht? Sie wußte genau, daß sie ein wohlhabendes Mädchen war. Das schönste, kleinste Kleid wollte sie anziehen, mit blauen Bändern dazu, weil blau ihr am besten stand.

„Er alte von Goch hatte stammte ungebildet draußen umher. Er ging in die niedrige, dunstige Unterdeckelung, wo Herr vor dem kleinen glühenden Kanonenschein lag und nachdenklich vor sich hinarrte. Unmutig sah er den schönen, großen Menschen an. Da sah er nun und simulierte und wachte nicht, was er wollte. Keine Aber schien ihm höher zu schlagen der Hendrina halber. Sah er denn nicht, daß das nicht ging, daß ihm der Aufbruch hier einen diesen Schritt durch die Rechnung machen konnte, durch die Rechnung, die zwar zuerst seine, des alten von Goch Rechnung war, mit der aber der junge, der Herr, doch einverstanden war, einverstanden sein mußte. Denn das stand fest, kein anderer durfte die Hendrina heiraten, und keine andere auch der Herr. Das Verbot würde zusammenbleiben, und kein fremder Mensch durfte auf der „Maria Hendrina“ etwas zu beschließen haben, als er, der Herr selber.“

Der Herr war ein leuchtender, weicher Mensch, der sich ganz wohl fühlte unter dem roten Regiment. So blieb die „Maria Hendrina“ ganz in seiner Gewalt, fast wie in seinem alleinigen Besitz, und er brauchte das Mutterteil der Hendrina, das fast ganz in dem Schiffe steckte, nicht herauszugeben. Das war alles schon seit Jahren fest beschloffen und geordnet. Er hatte daran auch die Hendrina diesmal mitgenommen, weil es ihm geschienen hatte, als wäre es ganz gut, wenn die zwei, der Herr und die Hendrina, einmal eine Zeit viel zusammen wären, so daß sie die Verbindung machte. Er hätte ja freilich nur der Hendrina Hand und klar Beschloffen sagen können, und das wäre wohl auch das Beste gewesen, wenn er vorausgesehen hätte, was kommen konnte. Aber die Waise hatte gemeint, so ganz fern und geradezu ginge das nicht, und er solle auch vorsichtig sein, denn man könne nicht wissen, wie die Hendrina das aufnehmen würde. Er war immer genug gewesen, fast auf das Gefühl der Hendrina, und nun sah er hier fest, und der Zweifel mußte sie gerade hierher vor Vater legen. Es war vielleicht das Beste, die Hendrina zu nehmen und sie mit ihr in die Welt zu setzen und nach Goch zu fahren, wenn der Herr jetzt nicht kommen würde. Denn hier war's nicht gehen. Hatte nicht gehen können, kann das die Hendrina einmal aus der Reize lassen, der freie Mensch mit ihr geliebungell. Und der Weingärtner, der alte Schwäger, das Großmutter, der würde wohl auch nichts Elligeres zu tun haben, als auszuspannen, wie viel Mühe und Mutterteil die Hendrina hatte. Und noch möglich noch etwas dazu. Die Hildegard sollte der Hendrina auch noch einen Blick ins Ohr, schwache ihr vor einzuführen, daß sie keine Gedanken kriegte. Und der Herr hat der Herr hier in der Reize und hatte den Herr an-

(Fortsetzung folgt.)

Neigung, dem anderen zu weichen. Allerdings hat auch seiner Ansicht gemäß zu werden: In der Hauptwahl von 1907 wurden 9297 nationalliberale, 7177 weltliche und 6249 sozialdemokratische Stimmen abgegeben; in der Stichwahl wurde der Welke mit 11.583 gegen 10.805 nationalliberale Stimmen gewählt.

Der geachtete Dr. Peim. Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Bayerische Courrier“ einen jedenfalls von Dr. Peim selbst herrührenden Artikel, in dem erklärt wird, die Behauptung, Peim habe die Polen um ihren Sitz in der Budgetkommission gebeten, sei unrichtig. Vielmehr sei Peim von polnischer Seite gefragt worden, wie es komme, daß er bei der Beratung der Reformfrage nicht für seine Partei der Budgetkommission angehört. Peim habe erklärt, von befreundeter Seite seien Schritte getan worden, damit er für das Zentrum in die Budgetkommission eintreten könne; das sei aber rundweg abgelehnt worden. In liebenswürdiger Weise sei ihm dann von den Polen ihr Sitz angeboten worden, er habe dann auch von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht. Nicht besser als ihm sei es dem General Hünslers ergangen, der selber beim Militär sei immer, der Budgetkommission angehört habe und dem in diesem Jahre die Einleitung in seine Kommission direkt verweigert worden sei. Ein führender Zentrumspolitiker habe geäußert, es werde zu gegebener Zeit auf solche Verhältnisse in der Konstitution des deutschen Reichstages zurückzukommen sein. Wichtig sei es, daß man von Zentrumseite beim Vorliegenden der polnischen Fraktion vorzuziehen geworden sei, um die Delegation Dr. Frims zu hinterziehen.

Die Extrawahl für Privatbeamte. Der Agitation bestimmter Kreise der Privatbeamten ist es annehmlich gelungen, Zugeständnisse zu erzielen, die einer Durchbrechung des Prinzips der Privatbeamtenversicherung verleiht ähnlich sehen. Nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter ist die Regierung nämlich gewillt, Gesetzentwürfe (Wechs-Pensionskassen) zuzulassen. Die Bedingungen laufen in der Hauptsache darauf hinaus, daß die Mindestleistungen der staatlichen Versicherung erfüllt werden, daß die Beiträge der Unternehmer nicht mehr als 10% und daß bei Stellenwechsel die Anwartschaft aufrecht erhalten werden kann. Kassen, die diese Bedingungen nicht genügen, können als Zuschüsse beibehalten werden.

Man wird erst abwarten müssen, ob diese Mitteilungen als richtig bestätigt werden; es kann sich dabei auch um einen Fälscher handeln, der irgend eine Organisation heranzustreift hat.

Der Herrenhäuser Plate will nicht in den Reichstag. Der mittelhändlerische Kennermeister-Herrenhäuser Klempnermeister Plate hat die ihm zugedachte „Ehre“, für die antimilitärische Wirtschaftliche Vereinigung zum Reichstage zu kandidieren, abgelehnt. In der Begründung seiner Ablehnung führt er aus:

„Das Herrenhaus macht viel mehr Arbeit, wie man denkt. Es werden dort erstensicherweise nicht so viele und so lange Reden gehalten, wie in den anderen Parlamenten in Berlin, aber wirklich gearbeitet wird dort ebensoviel, wahrscheinlich noch mehr.“

Herr Plate versichert dann, daß ihm die Ablehnung schwer falle, denn man habe ihm n. a. Hannover-Verbinden, ferner das bombastische Ersuchen angeboten. Hannover-Verbinden ist sicherer sozialdemokratischer Besitz und das „bombastische“ Ersuchen werden mit viel Geld holen. Herr Plate ist seinem Klempnerberuf doch nicht ganz untreu geworden, nur ein kleiner Unterschied besteht anscheinend: früher schmierte er Blech, jetzt redet er Blech.

Ausland.

Die englischen Arbeiter gegen den Militarismus.

Der Abgeordnete Macdonald (Arbeiterpartei) beantragte im Unterhause folgende Resolution:

„Das Haus betrachtet mit Beunruhigung das enorme Anwachsen der Ausgaben für Heer und Flotte während der letzten Jahre und ist der Ansicht, daß diese Ausgaben vermindert werden sollten.“

Macdonald wies bei der Begründung der Resolution auf das fortschreitende Anwachsen der Ausgaben für Flotte und Heer während der letzten sechs Jahre hin und fragte, welcher Art die vom Auslande drohende Gefahr sei, daß sie die Fortsetzung solcher Ausgaben rechtfertige.

Die Sage in Mexiko. Die Absicht der mexikanischen Regierung, das Ständerecht zu verhängen, hat die Insurgenten zu der Erklärung veranlaßt, in diesem Falle dürften sie einen Pardon mehr geben. Es werden verschiedene Scharmügel gemeldet, die nach Meldung aus der Stadt Mexiko, für die Rebellen ungünstig verliefen. Eine Besatzung liegt noch nicht vor. In Nordmexiko herrscht eine wahre Panik; allenfalls sind die Kommunikationsmittel abgebrochen. Verschiedene Ortschaften werden belagert und die Bevölkerung leidet unter Nahrungsmangel.

Die Provinzialwahlen in Spanien. In ganz Spanien haben bei schwacher Beteiligung die Wahlen zu den Provinzialräten stattgefunden, deren Ergebnis als Barometer für die herrschende Stimmung gerade in der gegenwärtigen politisch hochgeladenen Zeit von Bedeutung ist. Das Gesamtresultat ist noch nicht zu überblicken. Das Wahlergebnis im Bezirk Madrid ist: 6 Liberale, 1 Konservativer, 7 Republikaner. In Barcelona wurden 4 Radikale und 2 Republikaner, sowie ein Nationalist gewählt, in Guipuzcoa, wo die Republikaner zum ersten Male gegen die Vereinigung der Liberalen kämpften, wurden 2 Liberale, 1 Konservativer und 1 Republikaner gewählt, in Valencia 3 Republikaner, 1 Liberaler, in Valladolid 2 Liberale, 1 Republikaner, in Vizcaya 3 Republikaner, ein baskischer Nationalist, die Republikaner erzielten dort eine Majorität von über 3000 Stimmen. In Saragossa werden voraussichtlich die Radikalen mit großer Mehrheit siegen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Brieg, 14. März. Töblicher Mord. Die Frau des Bäckermeisters Schwarz, die durch den Tod eines erwachsenen Sohnes in Schmerz verfallen war, stürzte sich Montag früh aus dem Dachfenster ihres Hauses an der Polnische Straße auf das Straßenpflaster herab, wo sie tot liegen blieb.

Warmbrunn, 14. März. Leichfindung. Eine mit Wäsche reinigende Wäscherin in Kaiserwaldau legte ihr 17 Jahre altes Kind auf den Holzedel eines mit heißem Wasser gefüllten Kessels, plötzlich kippte der Dedel und das Kind fiel auf die heiße Wäsche, sich schwer an ganzen Körper verbrännte.

Quirlitz, 14. März. Ein schwerer Unfall ereignete sich Freitag Nachmittag in der hiesigen Grundmühle. Der dort beschäftigte Mühlenbesitzer Schmiedel wurde beim Bedienen des Fahrfluhes unversehens mit dem Kopf derart eingeklemmt, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Jauer, 18. März. Jähres Ende. Am Sonntag Vormittag ging der Fabrikarbeiter Scharfenberg aus Alt-Jauer an der wäsenden Reife den Finken entlang. In einer gefährlichen Stelle glitt er aus und fiel kopfüber ins Wasser, wobei er seinen Tod fand. Scharfenberg war ein ehelicher und unverheirateter Mann.

Saxan, 14. März. Vom Schlachtfelde der Arbeit. In der hiesigen chemischen Fabrik verunglückten die Arbeiter Werner und Schwaner beim Transport von gefüllten Säure-Pallons. Beim Abheben vom Transport-Korridor rief der Hebel eines Pallons und dieser fiel zur Erde, wobei er platzte. Die austretende Säure verbrannte den beiden Arbeitern die Füße so schwer, daß beide in ihre Wohnungen gebracht werden mußten. Solche Unfälle sind in der chemischen Fabrik keine Seltenheit und lassen sich fast ganz vermeiden, wenn die Herren Aktionäre die allzu hohe Dividendenjägererei etwas einstellten und dafür den Arbeitern mehr Schutz böten.

Bromberg, 14. März. Aus dem Polizeireport. Am 14. d. Mts. wird nun endlich der Hauptverhandlungstermin wider den Polizeieinspektor Bathe stattfinden. Die Hauptverhandlung gegen den Polizeieinspektor Bathe Benner und Kriminalkommissarius Schreiber findet am 21. d. Mts. statt, an welchem Tage in einer zweiten Sache auch gegen Bathe verhandelt wird. Die Angeklagten sollen Anzeigen über Straftaten nicht verfolgt oder diese Anzeigen nicht an den betreffenden Vorgesetzten oder an die Staatsanwaltschaft abgegeben haben. Die Zahl solcher Anzeigen, welche die Angeklagten unter den Tisch fallen ließen soll sich während des letzten Jahres — soweit ist zurück gefolgt worden — auf mehrere Hundert belaufen. — Rette Dirbrunngehälter!

Bromberg, 14. März. Der Staat ist wieder gerettet. Ein Kinematograph hatte für Sonntag, den 12. März, die Vorstellung des Singspielchen Bezugsbisses geplant. Um einen guten Besuch zu erzielen, wurde die übliche Reflektorenvorstellung, Enttäuscht waren aber die Besucher der Abendvorstellung, als sie erfuhr, daß die Vorstellung des Singspielchen Bezugsbisses nicht stattfinden könne, da dieselbe polizeilich untersagt ist.

Ob man die Vorstellung auch untersagt hätte, wenn es sich um das Begräbnis eines Fürsten gehandelt hätte? Aber deshalb bleiben alle Preußen doch vor dem Gelecke gleich.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungskommission. Breslau, den 18. März.

Ware	gute		m.tere		geringe Sorten	
	hoch	niedr.	hoch	niedr.	hoch	niedr.
Weizen, weicher	19 80	18 40	18 80	17 40	17 80	16 80
Weizen, gelber	19 20	18 80	18 80	17 80	17 80	16 80
Woggen	14 40	13 80	13 80	12 80	12 80	11 20
Gerste	17 80	16 80	16 80	15 80	15 80	14 80
Hafer	14 80	13 80	13 80	12 80	12 80	11 20
Wicken	28 80	27 80	27 80	26 80	26 80	25 80
Erbsen	23 80	22 80	22 80	21 80	21 80	20 80
Sojabohnen	19 80	18 80	18 80	17 80	17 80	16 80

Gen per 100 Rgr. 6.20—6.60 Mt.,
Gansfleisch per 100 Rgr. 4.20—4.60 Mt.,
Weizenstroh 100 Rgr. 2.70—3.10 Mt.

Breslauer Mehlmarkt. Wehl behauptet per 100 Rgr. inb. Sach brutto
Weizenmehl 00 behauptet 28.00—28.50 Mt., Roggenmehl 00 behauptet 22.00 bis 22.50 Mt., Woggen-Gaushaden behauptet 21.00—22.00 Mt., Roggenmehl 1. Behalt 10.50—11.00 Mt., Weizenkleie feiner 10.00—10.50 Mt.

Briefkasten

- Sprechstunden der Redaktion Bochenski nur v. 12—1 Uhr Mittags.
Schriftliche Ansuchen sind nur ausnahmsweise erteilt.
357. Ritter Altmann. Werden Sie sich an einen Arzt?
S. S. Das Po'at von Willert in Hofenthal bei Breslau ist für die organisierte Arbeiterschaft gelbesert.
Raborge. Auch wegen 10 Mark können Sie zur Leistung des Offenbarungsbeides geladen werden.
S. Biegenhäls. Ja, wir haben die Papiere an das Arbeiter-Sekretariat abgegeben.
S. Nr. 70. Nachdem Sie sich mit der Verklagten geeinigt haben, können Sie jetzt nicht mehr Widerspruch erheben.
S. Altwasser. Wenn Sie die Wohnung mit vierteljährlicher Kündigung gemietet haben, müssen Sie für die Miete bis Ende Juni 1911 aufkommen. Versuchen Sie sich mit dem Wirt in Güte zu einigen.
M. D. Steinstraße. Die Mädchen sind nach der Gebührensordnung nicht verpflichtet, bei der „Herrschaft“ zu bleiben, wenn diese nach auswärts verzieht und der neue Wohnort von der bisherigen Wohnstätte mehr als 6 Meilen entfernt ist. Die Mädchen müssen in solchen Fällen bis zum Ablauf der Dienstzeit entschädigt werden.
Nr. 64. 1. Ja. 2. Bei drei Kindern werden Sie in der Steuer um zwei Stufen ermäßigt.
B. Krenkadt. Der Schiedsman muß den Sühnetermin, der von einem 23 Jahre alten Mädchen beantragt worden ist, abhalten. Die Unterschrift des Vaters ist nicht erforderlich. Beschweren Sie sich beim Landgerichtspräsidenten in Weisse.
F. Siegwitz. Wir empfehlen Ihnen, die Sache einem Rechtsanwält zu übergeben; allein werden Sie nichts ausrichten. Es müßte bei dem Oberstaatsanwalt Beschwerde eingelegt werden; nicht das auch nichts, so ist die Entscheidung des Oberlandesgerichts in Breslau anzurufen. Ein Anwalt wird in diesem Falle nicht bestellt.
B. B. 100. Das Bürgerrechtsgeld muß gezahlt werden; Sie werden davon nicht befreit.
S. Krügerstraße. 1. Die Klage ist beim Amtsgericht Breslau einzulegen. 2. Nein, die Schwiegermutter darf nicht ohne weiteres alles, was sie hat, dem Schwiegerohn verschreiben; sie muß in erster Reihe den Mann und die Kinder berücksichtigen. 3. Es müßte eine Anzeige bei der Polizeiverwaltung von Groß-Wartenberg gemacht werden.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Dars. — Redaktion und Expedition: Neue Gendarmenstraße 7. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von Th. Schö. — G. u. K. — Druck in Breslau.

Genossenschaftsbrauerei Breslauer Gast- und Schankwirte e. G. m. b. H.

Bilanz

Aktiva.	am 31. Dezember 1910.		Passiva.	am 31. Dezember 1910.	
Grundstücke und Gebäude	741 854	64	Hypotheken	158 635	—
Maschinen und Geräte	350 889	06	Kauttionen	28 600	—
Utenfilien	31 649	85	Dividende (nicht abgehobene)	134	15
Lagergefäße und Bottiche	45 056	9	Brausteuern (noch nicht fällige)	89 194	80
Transportgebäude	28 432	66	Kreditoren	123 672	83
Pferde und Wagen	34 174	86	Spareinlagen	526 818	25
Brauerei-Anlage	1 232 056	86	Mitglieder Guthaben	603 337	25
Vorräte an Fabrikaten und Rohstoffen	156 784	83	Reservefonds	12 110	—
Kasse	4 629	91	Gewinn	73 691	82
Bankguthaben	44 786	80			
Effekten	5 000	—			
Wechsel	1 185	—			
Debitoren	167 750	69			
	1 612 194	09		1 612 194	09

Gewinn- und Verlust-Konto

Soll.	am 31. Dezember 1910.		Haben.	am 31. Dezember 1910.	
Zinsen und Steuern	35 552	09	Gewinn-Vortrag aus 1909	2 835	77
Abreibungen	51 710	86	Brauerei-Ertrag	157 154	79
Gewinn	73 691	82	Grundstücks-Ertrag	1 474	31
Gewinn-Verteilung:					
Reservefonds	3 650	—			
Lohnneben a. d. Vorst.	1 200	—			
Gratifikat. an Beamte	1 580	—			
Sigunsgelder an d. Aufsichtsrat u. die Rechnungs-Revis., für Aufnahme der Halbj. u. Jahres-Inventur	2 670	—			
5% Dividende für die Geschäftsanteile d. Genossen	33 147	16			
4,5% Biersteuergewähr für die Genossen	33 147	16			
Vortrag auf neue Rechnung	257	50			
	73 691	82			
	160 954	77		160 954	77

Im Jahre 1910 traten ein 71 Mitglieder und schieden aus 37 Mitglieder (11 durch Tod, 26 durch Austritt, davon 19 wegen Geschäftsaufgabe oder anderer Unternehmungen wegen). Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres: 428 Mitglieder mit 2129 Anteilen und 638 700 Mt. Haftsumme. Die Mitgliederzahl hat sich um 34, die Haftsumme um 34 800 Mt., die Geschäftsguthaben um 25 220,15 Mt. vermehrt.

Breslau, den 11. März 1911.

Der Vorstand:

H. Weide. F. Riedel. W. Machner. G. Tannapfel.

Die Dividende gelangt vom 15. März cr. ab

nur vormittags gegen Vorlegung der Mitgliedsbücher

im Brauerei-Kontor, Gubenstraße 44, zur Auszahlung und zwar für die Mitgliedsbücher.

Nr. 1—40	am 15. März	Nr. 201—240	am 21. März	Nr. 401—440	am 27. März
" 41—80	" 16. "	" 241—280	" 22. "	" 441—480	" 28. "
" 81—120	" 17. "	" 281—320	" 23. "		
" 121—160	" 18. "	" 321—360	" 24. "		
" 161—200	" 20. "	" 361—400	" 25. "		

Mittwoch, den 15. März 1911.

Frauen und Mädchen in Stadt und Land!

Der nächste Sonntag gilt der Demonstration für eure Rechte!

Parteiangelegenheiten.

Den feierlichsten Geburtstag beging dieser Tage ein verdienter Kämpfer der Partei, Genosse Klees in Magdeburg. Seit dem Jahre 1893 hat er in den Reihen der Sozialdemokratie seinen Mann bewiesen, in diesem Jahre schloß er sich der jungen Bewegung in Magdeburg an. In schweren, gefährlichen Zeiten hat er treu und fähig gehalten und sein Bestes für die Arbeiterklasse getan. 1898 handelte ihn Magdeburg als seinen Vertreter in den Reichstag, von 1898 bis 1903 vertrat er den Wahlkreis Sorau-Bautz im Reichsparlament. Auf dem Parteitag in Magdeburg gab er den Delegierten ein lebendiges Bild von der Entwicklung der Bewegung in Magdeburg, die er von bescheidenen Anfängen bis zur heutigen Höhe mit hat fördern helfen. Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht den Veteranen zu seinem Ehrentage, — möge er ihr seine Kräfte noch recht lange erhalten!

Zum ersten sozialdemokratischen Frauentag, der am 19. März stattfindet, erschien soeben eine Agitationszeitung für das Frauenwahlrecht, herausgegeben von Klara Zettin, 16 Seiten im Format der „Volkswacht“.

Die Zeitung bringt einige Vorträge der verstorbenen sozialdemokratischen Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht in Deutschland, sie hat einen reichhaltigen Inhalt und ist schön ausgestaltet. Das Blatt soll der Agitation für das Frauenwahlrecht unter den breitesten Massen dienen.

Preis der Nummer: Für Organisationen und Wiederverkäufer 5 Pf., die Einzelnummer 10 Pf. Genossinnen! Sorgt für die Massenverbreitung eurer Wahlrechtszeitung!

Arbeiterbewegung.

Abermals Streik auf Zeche Bergmann. Vor etwa vierzehn Tagen laute die Belegarbeit der Zeche Bergmann die Arbeit niederkgelegt. Die Verwaltung der Zeche hatte allehand schöne Versprechungen gemacht und damit erreicht, daß die Belegschaft die Arbeit wieder aufnahm. Die Verwaltung hatte versprochen, daß die Löhne unter 5,50 M. angehoben werden sollten. Bei einem Lohn von 5,50 bis 6 M. sollten keine Reaktionen erfolgen dürfen. Ferner sollte im Hauptloze, wo die Kohle nicht mehr ceiprengt, sondern mit der Hand gewonnen werden soll, eine Neueinstellung der Arbeiter erfolgen. In keinem dieser Punkte hat die Verwaltung ihre Versprechungen erfüllt. Folgedessen hat die Belegschaft abermals die Arbeit niederkgelegt. Der Streik ist vollständig. Auf der Zeche sind 376 Mann beschäftigt.

Die Maschinisten und Setzer der Dortmund Union sind am Sonnabend an die Verwaltung herangetreten. Die Verwaltung hat per Einschreibebrief geantwortet, daß sie zu Verhandlungen bereit sei.

Tarifbewegung der Lithographen und Steindruckere in Böhmen. Die der tschechischen und österreichischen Organisation angehörenden Steindruckere und Lithographen befinden sich seit Ende vorigen Jahres im Ausstand. Inzwischen unterhandelten die Unternehmer mit der tschechischen Gewerkschaftsorganisation und schlossen mit dieser einen sechsjährigen Tarif ab. Die Unterhandlung geschah auf Wunsch der Unternehmer ohne Hinzuziehung der österreichischen Gewerkschaftsbundes. Spätere Verhandlungen der Unternehmer mit dem österreichischen Gewerkschaftsbund waren ergebnislos. Die Unternehmer wollten den mit den tschechischen Gewerkschaften abgeschlossenen Tarif auch für das deutsch-böhmische Gebiet geltend machen. Das lehnten die Vertreter des österreichischen Gewerkschaftsbundes entschieden ab. Der Kampf geht also weiter. In Gebirgsregionen herrscht wegen des Vorgehens der Tschechen große Aufregung, zumal die österreichische Organisation sich bereit erklärt hatte, die tschechischen Forderungen aus ihrer Organisationskasse zu unterstützen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. März.

Geschichtskalender.

15. März.

44 v. Chr. Julius Cäsar ermordet.

Herrn Bender ins Stammbuch.

Unter Breslauer Oberbürgermeister hält nach seiner Rede im Stadtverordnetensaale eine kommunale Arbeitslosen-Unterstützung für unausführbar. Entgegengegesetzter Meinung ist der Magistrat in Charlottenburg bei Berlin, der bei der dortigen Stadtverordneten-

versammlung die Zustimmung zur Einführung einer städtischen Arbeitslosen-Unterstützung beantragt hat. Die Bemühungen, die Gemeinden Groß-Berlins zu einem gemeinsamen Vorgehen auf dem Gebiete der Arbeitslosen-Versicherung zu bewegen, sind erfolglos geblieben. Charlottenburg und Schöneberg sind deshalb selbstständig vorgegangen. Die Entwürfe des Charlottenburger Magistrats halten sich im Wesentlichen auf dem Wege, der bereits in der im Auftrage des Magistrats herausgegebenen Denkschrift von Professor Fastow und Dr. Badtke, dem Direktor des Statistischen Amtes, vorgezeichnet waren: Unterstützung der Selbsthilfe der Arbeiter, das heißt das sogenannte Genter System. Grundsätzlich erklärt sich der Magistrat für die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosen-Versicherung durch Reichsgesetz. Er glaubt aber, da die Erreichung dieses Zieles in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist, daß die Stadt die Lösung dieser brennenden Frage nicht auf unbestimmte Zeit hinauschieben dürfe und in ihrem eigenen Interesse selbstständig vorgehen müsse. Einen weiteren Grund für ein selbständiges Vorgehen erblickt der Magistrat darin, daß es bei dem Fehlen von Vorbildern für die reichsgesetzliche Zwangsversicherung von Wert sein müsse, wenn die Städte Versuche mit der Arbeitslosen-Versicherung machten. Grundsätzlich hält der Magistrat die Veranziehung von Arbeitern, Arbeitgeber, Staat und Gemeinde zu Beiträgen für gerechtfertigt und spricht sich dafür aus, daß die Städte bei den gesetzgebenden Faktoren eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse wenigstens in dem Sinne erstreben, daß ihnen die Einführung einer obligatorischen Versicherung ermöglicht wird. So lange die gesetzliche Grundlage für die obligatorische Versicherung fehle, müßten sich die Städte darauf beschränken, den Arbeitern zu helfen, die bereits den Weg der Selbsthilfe beschritten hätten. So käme man zum Genter System, das die größten praktischen Erfolge aufzuweisen habe.

Die Zuschüsse der Stadt erstrecken sich erstens auf die Arbeitslosen-Unterstützungen, die die Arbeiterorganisationen ihren Mitgliedern im Falle der Arbeitslosigkeit zahlen, zweitens auf Abhebungen von gesparten Sparguthaben zu Zeiten der Arbeitslosigkeit. Zu diesem Zweck soll die Stadt jährlich in den Etat die Summe von 10.000 Mark einstellen. Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses ist ununterbrochener einjähriger Wohnsitz in Charlottenburg, ferner muß die letzte Arbeitsstätte des arbeitssuchenden Gewordenen in Charlottenburg oder bei einem Arbeitgeber gewesen sein, dessen gewerbliche Niederlassung im Gemeindebezirk liegt. Der Zuschuß beträgt 50 Prozent der täglichen gewerkschaftlichen Unterstützung oder des von einem gesperrten Sparguthaben abgehobenen Betrages, höchstens aber 1 M. pro Tag und beginnt nach einer Wartezeit von einer Woche. Die Arbeitslosigkeit muß unverschuldet sein, darf auch nicht durch Krankheit, Unfall, Streik oder Aussperrung verursacht sein. Der Zuschuß endet mit der Aufnahme der Arbeit, der Ablehnung nachgewiesener passender Arbeit und dem Ablauf von 60 Unterstützungstagen. Der Begriff der „passenden Arbeit“ ist nicht festgelegt, die Entscheidung bleibt im Streitfalle einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuss überlassen. Alleinlebende Arbeiter müssen bei Gewährung eines Reisegeldes auswärtige Arbeitsstellen annehmen.

Die Kontrolle der Arbeitslosen liegt dem Städtischen Arbeitsnachweis ob. Um dem Einwand zu begegnen, daß bei diesem Zuschußsystem nicht organisierte Arbeiter und solche, deren Einkünfte ihnen nicht gestatten, ein 12 Monate gesperrtes Guthaben von 30 Mark

auf der städtischen Sparkasse anzulegen, unberücksichtigt bleiben, wird die Errichtung einer städtischen Arbeitslosen-Versicherungskasse vorgeschlagen, die von der Stadt einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mark und einen einmaligen Zuschuß von 20.000 Mark für einen Reservefonds erhält. Bemerkenswert ist, daß dieser städtischen Kasse auch solche Arbeiter und Angestellte beitreten können, die auf Grund des Zuschußsystems, als Mitglied einer Organisation oder als Sparer, die städtische Unterstützung erhalten. Der Wochenbeitrag beträgt 25 Pfennig, das Tagegeld im Falle der Arbeitslosigkeit 1 Mark für die Höchstdauer von 60 Tagen. Die städtische Arbeitslosen-Versicherungskasse darf unter abweichenden Bedingungen mit Vereinen und Arbeitgebern Gesamtsicherungen abschließen. Die Vorschriften über die Kontrolle der Arbeitslosen, die Ausnahme auswärtiger und passender Arbeit usw. sind die gleichen wie bei dem Genter System.

Wir können dem Breslauer Magistrat und besonders Herrn Bender nur empfehlen, sich die Schöneberger und Charlottenburger als Vorbilder sozialpolitischer Einsicht und Hilfsbereitschaft dienen zu lassen. In der Not der Arbeitslosen kommen die Städte nicht vorbei.

Die Maschinisten und Setzer der Oberschiffahrt.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinisten und Setzer der Oberschiffahrt wird uns von sachkundiger Seite geschrieben: Wer Gelegenheit gehabt hat, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinisten und Setzer in der Oberschiffahrt kennen zu lernen, der wird sagen müssen, daß die Zustände, unter denen die Setzer und Maschinisten auf diesem Stromlauf leben müssen, einfach ungeheuerlich, erbärmlich zu nennen sind. An der Hand eines reichen statistischen Materials, das durch Verteilen von Fragebogen an die Setzer und Maschinisten eingesammelt worden ist, läßt sich beweisen, daß die Arbeitszeit während der Fahrt 12, 14 bis 18 Stunden beträgt, und dies auf der Oder Dampfer fahren, mit Maschinen bis zu 200 Pferdekraften, auf denen nur ein Setzer beschäftigt ist. Und dieser eine Mann verrichtet ununterbrochen 14 bis 16 Stunden in einem glühend heißen Raume die schwerste Arbeit. Die Maschinisten auf diesen Dampfern sind mit ihren eigenen Arbeiten so überlastet, daß sie selten dem Setzer bei seiner Arbeit helfen können. Ueberarbeitung, Uebermüdung, schwere körperliche und seelische Zermürbung sind die Folgen dieser wahnwitzigen, auf nichts Rücksicht nehmenden Arbeitsleistung. Fahrstrecken von Fürstberg bis Breslau, mit einer Länge von über 300 Kilometer, werden in 80 bis 90 Stunden durchkrocht, wobei die Maschinisten und Setzer nicht an Schlaf denken können, und Tag und Nacht geht ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Mannschaften die wilde See nach dem Unternehmergewinn. Und nicht nur, daß die Maschinisten Tag und Nacht vor der Maschine stehen müssen, verlangen auch die Gesellschaften, daß trotz der sehr langen Arbeitszeit die Maschinisten dafür auskommen müssen, wenn bei Havarie irgend ein Schaden entsteht und den Maschinisten Unachtsamkeit nachgewiesen werden kann. Die reichen Schiffahrts-Gesellschaften scheuen sich, das Geschäftsrisiko selbst zu tragen; sie wollen nur verdienen und wälzen alles andere auf die ohnehin schon aufs äußerste ausgebeutete Mannschaft ab.

Die Löhne, die die Maschinisten und Setzer für ihre schwere, gesundheitschädliche Arbeit erhalten, sind lächerlich gering und stehen in keinem Verhältnis zu der Schwere und Dauer der Arbeit. Im Sommer, während der Schiffsfahrtsperiode, erhalten Maschinisten als Monatslohn bei

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine Wasserleitung aus Papier. Aus Bad Dürkheim wird der Hr. Dr. G. gemeldet: Ein merkwürdiger Fund wurde hier aus Anlaß von Ausdampfungsarbeiten bei der kaiserlichen Kinderheilanstalt gemacht. In einer Tiefe von etwa 2 Meter tief ran auf die Reste einer sehr alten Wasserleitung, deren Röhren, Verbindungsröhre, in selbst gewachsenen (?) Röhren aus einem starken Papiermasse bestanden, welche intensiv mit Teer imprägniert war. Die Masse ist so fest, daß sie nur mit der Stahlhacke geschnitten werden kann. Bisher konnte man im Wasserfach wohl Röhren aus Peltal, aber eine Verwendung von getrocknetem Papier für Wasserleitungsrohre ist vermuhtlich, wenigstens in Deutschland noch nicht bekannt geworden. Bisher benutzte wohl Amerika die Brauchbarkeit der Verwendung von imprägniertem Papier zu mancherlei Zwecken, nach diesem Funde scheint es aber, daß diese Erfindung in Deutschland, und zwar schon vor hunderten von Jahren, gemacht worden ist. An der Stelle, wo man diese alte Wasserleitung entdeckte, stand vorzeiten ein altes Nonnenkloster, das das nötige Trinkwasser nicht durch Brunnen erhalten konnte, da der Boden der ganzen Umgebung stark feuchtig ist. Vermutlich hat man daher in jenen Zeiten schon eine Wasserleitung hier angelegt und eben dieses Teerpapier zu Röhren verwendet. Das Kloster wird bereits im 12. Jahrhundert genannt. Ob die Leitung aus so alt ist, läßt sich vorderhand nicht sagen; daß ihr Alter jedoch Hunderte von Jahren beträgt, erscheint zweifellos. Der Fund ist dem Herrn in Dürkheim aberwießen worden. (Wissenschaftliche handelt es sich hier um eine Masse, wie wir sie als Steinpappe (Cartonpierre) kennen, die wegen ihrer Wasserundurchlässigkeit — insoweit der Verwendung von Leinwand oder Firnis bei ihrer Herstellung — vielfache Anwendung, z. B. als Dekordekoration findet. D. Ref.)

Aus aller Welt.

Sehe gern! Der Schriftleiter des „Deutschen Juristenblattes“ hat es belustigend für sich gehalten, in seinem Blatte

eine Anzahl von Anhängern der Todesstrafe zu Wort kommen zu lassen. Unter ihnen auch der Präsident des Reichsgerichts, Dr. v. Seckendorff in Leipzig, der folgendes schreibt:

„Ich erkläre gern, daß ich zurzeit — insbesondere auch im Deutschen Reich — für die Beibehaltung der Todesstrafe eintrete.“

Der höchste deutsche Richter möge sich, so schreibt dazu die „Frankf. Ztg.“, eine kleine Geschichte erzählen lassen. Die Szene spielt im Arbeitszimmer eines Prinzen. Personen: Der Prinz und einer von des Prinzen Räten mit Namen Camillo Nota. Der Prinz: „Was ist sonst? Etwas zu unterschreiben?“ Camillo Nota: „Ein Todesurteil wäre zu unterschreiben.“

Der Prinz: „Recht gern. — Nur her, geschwind!“ Camillo Nota (stüblich und den Prinzen kurz ansehend): „Ein Todesurteil — sagt ich.“

Der Prinz: „Ich höre ja wohl. — Es könnte schon geschehen sein. Ich bin eilig.“

Camillo Nota (setzt Schriften nachsehend): „Nun hab' ich es doch wohl nicht mitgenommen! — Vergeben, Sir, gnädiger Herr. — Es kann Anstand damit haben bis morgen.“

Der Prinz: „Auch das! — Packen Sie nur zusammen; ich muß fort. — Morgen, Nota, ein Mehreres.“ (Geht ab.)

Camillo Nota (den Kopf schüttelnd, indem er die Papiere zu sich nimmt und abgeht): „Recht gern? — Ein Todesurteil recht gern? — Ich hätte es ihn in diesem Augenblicke nicht mögen unterschreiben lassen, und wenn es den Würder meines einzigen Sohnes betreffen hätte. Recht gern recht gern! — Es geht mir durch die Seele dieses gräßliche Recht gern!“

— So zu lesen in „Emilia Galotti“, erster Aufzug, achter Akt. Vielleicht schafft Herr Präsident v. Seckendorff dieses Stück für die Richter des Reichsgerichts an, in der es zu lesen scheint.

Selbstmordversuch eines Rekruten. Die „Berl. Volkszeitung“ meldet: Der 19-jährige Paul Kasper aus Vitzke, der seit Oktober vorigen Jahres als Dreijährig-Freiwilliger bei den Fürstlichen Ulanen diente, erschien am Sonnabend Abend plötzlich unangemeldet bei seinen Eltern, denen er auf die Frage nach der Ursache seiner unerwarteten Anwesenheit erzählte, daß er für gütliche Leistungen im Dienst Urlaub für Sonntag erhalten habe. Am Sonntag Morgen wurden die Eltern durch die Detonation eines Schusses geweckt, der in dem Zimmer ihres Sohnes gefallen war. Als man die verschlossene Tür erbrach, fand man den Ulanen blut-überströmt im Pette liegen. Er hatte sich mit dem Jagdgewehr seines Vaters eine Kugel in die linke Brust gejagt. Als Grund zu der Tat gab der Rekrut an, daß er die fortgesetzten Mißhandlungen seitens seiner Vorgesetzten nicht mehr ertragen könne. Der Schwerverletzte wurde nach dem Garnisonlazarett übergeführt.

Die galschkefeindlichen Gänse. Das Stadttheater in Halle: an der Scala hat sich für seine Aufführungen von Humperdinck's „Der Königskinder“ eine lebendige Gänseherde beschafft. Das wurde schon nützlich bekannt, als die erste Galschke Gänseherde von lustig-feindlichen Dieben ihrem künstlerischen Besuche entführt wurde. Man hat noch nicht vernommen, ob die schwarze Tat ihre Säure gefunden hat und ob die Galschke Panikmache wirklich den preislichen Wert allen Gänsefleischs haben wandern müssen. Statt dessen kommt aber die zweite Garnitur der Galschke Theatervogel eine neue, nicht minder aufregende Kunde. „Nacht galschke nämlich an Stelle der räubigen Gänseherde“ ein Leijäger „Königsstall“. Mit diesem Lauch aber waren die ebenwirden Gänse nicht einverstanden, und hat der Leijäger Dame einen freundlich schmetternden Empfang gebracht, griffen sie sie tätlich an und zwar so heftig, daß der Dingen abknipfen und der Requisite auf die Bühne eilen mußte, um die herabgefallenen Gänse vor den wütenden Dingen zu retten. Erst nach längerer Zeit konnte die Aufführung ohne die revoltierenden Gänse

den verschiedenen Gesellschaften und Dampferbestimmern 100, 110, 125 bis 135 Mark; die Monatslöhne der Setzer schwanken zwischen 70 bis 92 Mark, was einem Stundenlohn von 17 bis 23 Pfg. für Maschinisten, und 14 bis 16 Pfg. für Setzer gleichkommt. Sind schon im Sommer die Löhne der Setzer und Maschinisten die denkbar schlechtesten, so spotten sie im Winter jeder Beschreibung, und die Setzer und Maschinisten gehen wohl jedem Winter mit Wangen und Schreden entgegen. Wissen sie doch, daß dann auch zu gleicher Zeit die Not und Entbehrung bei ihnen Einzug halten. Im Winter bekommen die Maschinisten sage und schreibe 75 bis 90 Mark, die Setzer 45 Pfl. Gehört schon eine gewisse Kunst dazu, wenn die Maschinisten mit 75 Mark im Monat auskommen und mit ihren Familien leben wollen, so wird es den Setzern geradezu unmöglich gemacht, ehrlich das bishere Leben zu führen; die Leiden und Entbehrungen, die diese Arbeiter im Winter durchmachen müssen, sind ungeheuer. Schlimmer werden wohl auf keinem anderen Strome Deutschlands die Mannschaften ausgeübt, als in der Dampfschiffahrt.

Obendrein spotten auch die gesunden heitlichen Verhältnisse auf einen Teil der Dampfer jeder Beschreibung, und man muß es selbst gesehen haben, sonst ist es nicht zu glauben, in welchen Löchern die Mannschaften hausen müssen. Schreiber dieses ist auf Dampfmaschinen, wo die Wohnräume hauptsächlich als Kutschkammern für Lohse, Teer, Zalg, Farben usw. benutzt wurden, und dann erst als Wohnstätte. Die Lagerstätten werden selten gereinigt, noch seltener wird für feuchtes Stroh in den Strohhäfen gesorgt. No, es ist vorzuziehen, daß auch dann nicht für frisches Stroh in den Lagerstätten gesorgt worden ist, wo vorher Setzer an Lungen erkrankt und daran gestorben sind. Diese Lagerstätten sind dann als Wollenträger und Bruststätten für schwere Epidemien im wahren Sinne des Wortes zu betrachten und bergen eine furchtbare Gefahr für die, die ohnungslos auf einem solchen Fahrzeug Stellung annehmen. Der Strompist ist hier zu empfehlen, ihre Kontrolle auch auf die wohnlichen Verhältnisse aller Fahrzeuge auszuweiten.

Nach Ansicht der Aerzte soll der Schlaf zur Kräftigung und Stärkung dienen und den Lungen möglichst viel frische Luft zugeführt werden, was aber bei solchen Wohnungsverhältnissen, wie sie heute noch auf einem großen Teil der Fahrzeuge zu finden sind, unmöglich ist. Man geht wohl nicht fehl, wenn man der Vermutung Raum gibt, daß die Unternehmer sich sagen: „Zum Schlafen haben die Leute ja doch keine Zeit!“ Soll es doch vorgekommen sein, daß sich Setzer und Bootleute, die schon mehrere Nächte durchgefahren waren und auf See zusammentrafen, in der Schlaftrunkenheit einander gefragt haben, ob das der Mond oder die Sonne ist, was da am Himmel steht. Dem Reederum ist es bisher nicht eingefallen, für menschenwürdige Wohnräume auf den Dampfern zu sorgen. Sie zwingen die Mannschaften, in diesen elenden Gefassen zu wohnen, wo das Grauen und Elend ihre Heimstätte aufgeschlagen haben. Gähnend haben sich bisher die Setzer und Maschinisten fügen müssen.

In der Binnenschiffahrt treffen wir die meisten Arbeiter, besonders unter den Heizern, die schon früh vollständig abgearbeitet sind, rheumatisch und gichtig erkrankt, ihre Tage nach kurzem Lebensalter beschließen, und selbst ihren Kindern schon die Krankheitskeime mit auf den harten Lebensweg geben. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer gibt erst der großen Öffentlichkeit einen grossen Einblick in die dunklen Verhältnisse dieser proletarischen Existenz.

Schon einmal haben die Mannschaften den Versuch unternommen, sich von dem unersättlichen Dred und der Anbelangung zu befreien, ein Versuch, der mißlang. Die Mannschaften waren gezwungen, wieder in das alte Loch zurückzufahren. Demals, im Jahre 1906, war die Organisation nicht so ausgebaut, wie heute. Die Arbeitsweise ist seit damals dieselbe geblieben. Weiter waren die Mannschaften der schrankenlosen Willkür der Unternehmer ausgeliefert, die bis heute andauern. Die Heizer und Maschinisten haben aber nun ersehen gelernt, daß ihre bisherige Gleichgültigkeit auch ihr Verderben war, und sie begreifen, daß die Organisation sie erst wieder für die Menschheit gewonnen hat. Die Organisation hat seit der unglücklichen Bewegung 1906 gewaltige Fortschritte gemacht, und der Zentralverband wird es sich noch weit mehr als bisher anstrengen, den Organisations-

gebanten besonders in der Binnenschiffahrt der Ober zu verbreiten. In der Vereintigung ist Kraft! Das haben die Maschinisten und Setzer in der Dampfschiffahrt in erschütternder Uebersicht erkannt und deshalb am 9. März in geschlossener Einmütigkeit erneut Forderungen an das Reederum gestellt.

Der Provinzial-Landtag

für die Provinz Schlesien, der aus den Abgeordneten der Land- und Stadtkreise besteht, hat Montag Nachmittag 3 Uhr seine eigentlichen Verhandlungen begonnen. Zuerst sprach Landrat Graf zu Dohna über die Verwaltung des Provinzialverbandes in den Jahren 1908 und 1909.

Die Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1908 ergaben nach Deduktion des aus dem Vorjahre verbliebenen Hehlbetrages von 107.200 Mark einen Ueberschuß von 349.126 Mark, der dem Allgemeinen Referendums zugeführt worden ist. Der Wert der bei den Heil- und Pflegeanstalten verbliebenen, aus Zuschüssen der Hauptverwaltung beschafften Materialienbestände betrug 190.498 Mark. Zur Deduktion der Ausgabenverpflichtungen der Provinz waren von den Kreisen 9,65 Prozent der Prinzipalsteuern als Provinzialsteuer aufzubringen, die 3.818.135 Mark ergeben haben. Auf den Kopf der Bevölkerung nach der Volkszählung von 1905 (4.912.611 Einwohner) kommen davon 77,2 Pfennige. Die Gesamtsumme der Anleihen belief sich Ende März 1909 auf 23.746.900 Mark.

Die durchschnittliche tägliche Belegungsziffer in den Heil- und Pflegeanstalten zu Land und Meer betrug 2.870,534 Mark, wovon 2.817.927 Mark durch Verpflegungskostenbeiträge und eigene Einnahmen gedeckt sind, so daß 552.607 Mark durch Zuschüsse der Provinz gedeckt werden mußten.

Nach dem Fürsorge-Erziehungsgesetz vom Jahre 1909 sind im Jahre 1908 634 Minderjährige zur Fürsorgeerziehung überwiesen worden, gegen das vorige Jahr mehr 135. Ende März 1909 waren vorhanden 6013 Jüglinge, 4277 männliche und 1736 weibliche. Die Kosten der Fürsorgeerziehung stellten sich im Etatsjahre 1908 auf 804.899,43 Mark. Von diesem Betrage sind aus der Staatskasse zwei Drittel mit 536.599,62 Mark erstattet worden. Der von der Provinz zu tragende Anteil beträgt mithin 268.299,81 Mark. Die Jahresunterhaltungskosten haben durchschnittlich für je einen Jügling betragen: in Erziehungsanstalten 297,14 Mark, in Familienpflege 152,57 Mark, in Lehre und Dienst 15,79 Mark. Es wird angegeben, daß bei rund 71 Prozent der 659 endgültig entlassenen Jüglinge der Zweck der Erziehung erreicht sein dürfte.

Der Verwaltungsbericht über das Jahr 1909 zeigt einen Ueberschuß von 338.746 Mark. Der Wert der bei den Heil- und Pflegeanstalten verbliebenen, aus Werten der Hauptverwaltung beschafften Materialien betrug 172.109 Mark. Zur Deduktion der Ausgabenverpflichtungen der Provinz waren von den Kreisen 10,29 Prozent der Prinzipalsteuern als Provinzialsteuer aufzubringen, die 4.232.721,61 Mark ergeben haben. Auf den Kopf der Bevölkerung nach der Volkszählung von 1905 kommen davon 85 Pfennig. Die Gesamtsumme der Anleihen belief sich Ende März 1910 auf 29.561.700 Mark. Die einmaligen Ausgaben für Provinzialanstalten haben 298.135 Mark betragen. Die durchschnittliche tägliche Belegung der Heil- und Pflegeanstalten mit den in Familienpflege untergebrachten Kranken war rund 6046,25, das sind 229,46 Köpfe mehr als im Vorjahre. Die Gesamtausgabe für die Unterhaltung dieser Anstalten betrug 3.667.857 Mark, wozu 3.535.938 Mark an Verpflegungskostenbeiträgen und eigenen Einnahmen mit dem Zuschusse der Hauptverwaltung zur Neuregelung der Beamtenbesoldung eingegangen sind.

Für Fürsorgeerziehung wurden im Jahre 1909 1011 Minderjährige überwiesen, das sind 17 mehr als im Vorjahre. Endgültig entlassen wurden 739, verstorben sind 27, so daß Ende März 1910 im Bestande 6217 Jüglinge geblieben sind, 4381 männliche und 1836 weibliche. Die Kosten der Fürsorgeerziehung stellen sich im Etatsjahre 1909 auf 881.555 Mark. Von diesem Betrage sind aus der Staatskasse zwei Drittel mit 587.705 Mark dem Provinzialverbande erstattet worden. Der von diesem zu tragende Anteil beträgt also 293.850 Mark. Die Jahresunterhaltungskosten haben jährlich bei durchschnittlicher Belegung für je einen Jügling betragen: in Erziehungsanstalten 293 Mark, in Familienpflege 149 Mark, in Lehr- und Dienststellen 17 Mark. Als Gesamtresultat wird festgestellt, daß von den 739 entlassenen Jüglingen 70,6 Prozent gebildet waren. Der Bericht schließt schließlich die Feststellung aus, daß

die inwischen ins Leben gerufene Zentralkasse für Jugenbörnsorge bei der eifrigsten Mitarbeit von mehr als fünfzig Wohlfahrtsvereinen aller Konfessionen und bei dem fröhlichsten Eingreifen in die ihr bekannt werdenden Fälle beginnender Verwahrlosung Jugenblicher im Verhältnis zur Fürsorgeerziehung eine vorbeugende Tätigkeit der Zentrale zu erwarten ist. An den Bericht schloß sich eine kurze Debatte an.

Für Erweiterungsbauten der Heil- und Pflegeanstalten hatte der letzte Provinziallandtag die Aufnahme eines Darlehens von 5 Millionen Mark beschlossen und den Tilgungssatz auf 1 Prozent festgesetzt. Da der Minister aber für alle Kommunalanleihen hinfert als niedrigsten zulässigen Tilgungssatz 1 1/2 Prozent festgesetzt hat, so änderte der Provinziallandtag seinen damaligen Beschluß ab.

Die Versammlung nahm dann von der Ausführung der Beschlüsse des 48. Provinziallandtages Kenntnis. Die nächste Sitzung ist Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

* Eine starke Empörung ist unter den Mietern der ehemaligen Genossenschaftshäuser „Wratislavia“ in der Warkischen Straße ausgebrochen, die dieser Tage von der neuen Besitzerin der Häuser, der „Schlesischen Zentralkasse“ auf der Pilsenerstraße, in Kenntnis davon gesetzt wurden, daß ihre Mieten vom 1. April ab um 1 bis 4 Mark je nach der Größe der Wohnung heraufgesetzt worden sind. Diese Maßnahme rechtfertigt sich nach den Worten der Wohnungsinhaber nicht zum wenigsten beizutragen, daß ein großer Teil der Wohnunnen in diesen zehn Häusern nicht vermietet werden konnte. Als die Schlesische Zentralkasse die Grundstücke übernahm, setzte sie die Wohnungsgeldrenten etwas herab und ludte durch eine starke Melame, Kalkate und Ringelstein neue Mieter heran. Mit dieser Weise gelang es ihr, alle 156 Wohnunnen mit Mietern an besetzen und die Verlegung von Fabriken in die dortige Gegend gefördert zu werden. Diese günstige Wendung hat die Bank veranlaßt, die eroberte Erhöhung der Preise anzufordern, mit der sich gestern Abend eine von mehr als hundert Personen besetzte Mieter-Versammlung im Restaurant „Wratislavia“ beschäftigte, in welcher der Unwille über die Erhöhung der Mieten und mancher anderer Uebelstände kräftig zum Ausdruck kamen. Die Genossenschaftshäuser haben wegen ihrer freien Lage und ihrer weiten Entfernung vom städtischen Verkehrsmitteln mancherlei Nachteile, die sich besonders im Winter bemerkbar machen. Das ist zuerst die Kälte und Misse der Wohnungen die viele Familien mit Kindern zum Verlassen veranlaßt, den Verbleibenden aber unerschwinglich hohe Kosten für Kohlen und Heizung aufbürdet. Eine große Anzahl an der Kälte in den Stuben trügen auch die unpraktischen Fußböden.

So kommt mancherlei zusammen, was etwaige Vorteile der Häuser wieder aufwiegt. Die gestrige Mieterversammlung beschloß deshalb eine Kommission zur Bank zu entsenden, welche die Aufgabe hat, für die Zurückziehung der Mietpreis-Erhöhung zu sprechen und weitere Beschwerden (über den Hausmeister) zur Sprache zu bringen. Eine schon gestern Abend mit fast hundert Unterschriften besetzte Enquete zeigt, daß fast alle Mieter sich dem gemeinsamen Vorgehen anschließen werden. Insbesondere soll in der Presse auf diese Bewegung, auf die erhöhten Mieten und die Mißstände in den Wohnungen hingewiesen werden, damit etwaige Mißstände rechtzeitig gemeldet werden können. Wenn die Bank, die eine Verschärfung der Mietverhältnisse anerkennend nicht für angezielt hielt, nicht mit sich reden läßt, wird Breßlau vielleicht den ersten umfangreichen Mieterstreik erleben. Ein Teil der Mieter wird sowie zum Wohnungswechsel gezwungen.

* Aus Ostwig. Gestern Abend 7 1/2 Uhr bei Grünast Gemeinde-Vertreter-Sitzung.

* Dem Tode nahe. Erst am Sonntag sind zwei Arbeiterkinder bei einem Stubenbrande ums Leben gekommen, und heut wird schon wieder darüber berichtet, daß das Kind eines Tischlergesellen bei einem solchen Brande fast erstickt wäre. Der drei Jahre alte Knabe des Tischlergesellen Paul Seppner, Kleine Scheitnigerstraße 51, war in der verlassenen Wohnung allein zurückgelassen worden. Der Vater war in die Stadt gegangen, die Mutter auf Bedienung. Das Kind hat nun Streichhölzer gefunden und beim Spielen das Spiel in Brand gesetzt. Als man das Feuer bemerkte, war die Stube bereits dicht verqualmt, und nur dem mütigen Vorgehen eines Droghien namens Kisporet, der in die Stube einbrang und das bereits bewußtlose Kind herausholte, war es zu danken, daß der Knabe gerettet wurde. Das Kind wurde alsbald der Feuerwehr übergeben, deren Mannschaften es nach einleitender Tätigkeit mit Hilfe des Sauerstoffapparates ins Leben zurückriefen. Ein durch die Feuerwehr herbeigerufener Arzt untersuchte dann das Kind und übergab es der inzwischen zurückgekehrten Mutter. Das Feuer selbst wurde nach kurzer Zeit gelöscht. Die Reststelle und die Betten sind verbrannt. Hier, wie bei dem großen Unglück auf der Westafelstraße, spielen die Streichhölzer eine verhängnisvolle Rolle. Die kleinen Kinder finden sie irgendwo in der Wohnung und das Unheil ist dann meistens geschehen. Das muß alle Eltern dringend zur Vorsicht mahnen. Lassen sie ihre Kinder allein in der Wohnung zurück, was ja leider bei den traurigen Verhältnissen oft nötig ist, dann muß zuerst mit dafür gesorgt werden, daß den Kindern keine Streichhölzer in die Hände fallen. Am besten ist, die Streichhölzer hinter Schloß und Riegel aufzubewahren.

denie fortgesetzt werden. In Halle bräunten jetzt nachweislich die Arbeiter der einheimischen Eisen- und Stahlwerke, die in den letzten Jahren durch den Zusammenbruch der Eisenindustrie in Deutschland einen großen Schaden erlitten haben. Sie fordern, daß die Arbeiter der Eisenwerke in Halle, die in den letzten Jahren durch den Zusammenbruch der Eisenindustrie in Deutschland einen großen Schaden erlitten haben, die in den letzten Jahren durch den Zusammenbruch der Eisenindustrie in Deutschland einen großen Schaden erlitten haben.

Das Verbrechen in Münster. Ein etwa 24 Jahre alte, in Ardenne bei Berlin wohnende junge Dame wurde in Ardenne, Bonn und Starnberg in der Provinz Westfalen, die in den letzten Jahren durch den Zusammenbruch der Eisenindustrie in Deutschland einen großen Schaden erlitten haben, die in den letzten Jahren durch den Zusammenbruch der Eisenindustrie in Deutschland einen großen Schaden erlitten haben.

Das Verbrechen in Münster. Ein etwa 24 Jahre alte, in Ardenne bei Berlin wohnende junge Dame wurde in Ardenne, Bonn und Starnberg in der Provinz Westfalen, die in den letzten Jahren durch den Zusammenbruch der Eisenindustrie in Deutschland einen großen Schaden erlitten haben, die in den letzten Jahren durch den Zusammenbruch der Eisenindustrie in Deutschland einen großen Schaden erlitten haben.

Der Staatsanwalt, der in erster Linie auf Mord plädierte, hatte ursprünglich Justizhaus beantragt. Der Angeklagte nahm das Urteil an.

Diebstahl in einer Kirche. In Montevideo (in der Provinz Rio Grande) hat am 10. d. Mts. ein Diebstahl in einer Kirche stattgefunden. Der Dieb hat sich in der Kirche als Leibe anzuwenden und neben ihm die Leibe einer jungen Gutsbesitzerin an sich zu ziehen. Der Dieb hat die Frau mit einem Handtuch gefesselt und sich dann selbst mit einem Revolver umgeben. Der als 29-jähriger und Selbstmörder erachtete Dieb hat ein hübscher und hübscher Mann, der die Gutsbesitzerin, Emma Jara, von der jungen Mädchen geliebt haben soll. Als sie auf dem Wege nach Montevideo kam, ist sie die Leibe zu dem Dieb und er macht sie frei. Sie unterstellte sich dem Dieb in Verhinderung, wenn ihm der ganze Ort wußte. Der Dieb ist es bedauerlicherweise zu sein, daß die beiden Frauen haben, das der Ehepaar der Frau ihren aufzure. Die Gutsbesitzerin war 24 Jahre alt und seit 7 Jahren verheiratet; der Dieb: 34 Jahre alt.

Diebstahl in einer Metzgerei. Am Sonntag Abend etwa 11 Uhr in Villanova bei Paris der Gemeindevorsteher Alfred von Amur in den Besitz seiner Metzgerei. Der Metzger hat die Metzgerei in Villanova bei Paris der Gemeindevorsteher Alfred von Amur in den Besitz seiner Metzgerei. Der Metzger hat die Metzgerei in Villanova bei Paris der Gemeindevorsteher Alfred von Amur in den Besitz seiner Metzgerei.

Diebstahl in einer Metzgerei. Am Sonntag Abend etwa 11 Uhr in Villanova bei Paris der Gemeindevorsteher Alfred von Amur in den Besitz seiner Metzgerei. Der Metzger hat die Metzgerei in Villanova bei Paris der Gemeindevorsteher Alfred von Amur in den Besitz seiner Metzgerei.

Die allgemeine Lage in China hat sich gebessert. In allen Erhebungsgebieten wird ein Nachlassen festgestellt. Nur in Rußland ist noch kein Nachlassen der Ernte zu verzeichnen; aus der Nordmandschurie liegen noch keine greifbaren Angaben über die Pest vor.

Auch in Indien fordert die Pest in diesem Jahre besonders zahlreiche Opfer. In der Woche vom 25. Februar bis 4. März sind 23.115 Menschen der Ernte erlegen; das war gegen die vorhergehende Woche ein Zuwachs von 6000 Tote. Die Provinzen Punjab und Bengalen sind besonders stark betroffen. Für die Stadt Bombay fürchtet man ein weiteres Umsichgreifen der Ernte in dem Eingeborenenviertel.

Literatur.

* Soziale Kämpfe in Frankfurt a. M. vom Mittelalter bis an die Schwelle der großen Revolution von Max Quanz. Dieses Schriftchen will, wie der Verfasser im Vorwort sagt, ein geschichtliches Lehrbuch für alt und jung sein. Es führt in das soziale Werden und Werden einer mittelalterlichen Stadt ein, in der sich ein Teil der Städteentwicklung verbrachte, die der ersten Periode der deutschen Geschichte eigenartig ist. An einem hervorragenden Autor dieser Entwicklung lernt der Leser das Spiel der gesellschaftlichen Kräfte kennen, die das ganze deutsche Mittelalter beherrschen. Den Inhalt der Schrift kennzeichnen folgende Kapitelüberschriften: 1. Die Entstehung der Stadt; 2. Die sozialen Klassen der mittelalterlichen Frankfurt; 3. Die mittelalterliche Stadterfassung; 4. Die erste Handwerker-Revolution; 5. Die gewerbliche Entwicklung nach dem Ausbruch; 6. Die Klagen gegen die Reformationszeit; 7. Die Entwicklung der Industriearbeiter; 8. Der Frühlingsaufstand; 9. Die Herrschaftsverhältnisse der Bauernhandels; 10. Die Kleinbürger-Revolution; 11. Frankfurt an der Schwelle der großen Revolution. Die Darstellung ist gut und geschmackvoll. Preis des Buches 40 Pf. In der „Vollmacht“ zu haben.

Wittwoch, den 15. März 1911.

Deutscher Reichstag.

146. Sitzung. Montag, den 13. März, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Schwerin mit, daß er gestern dem Prinzregenten Luitpold von Bayern zu seinem 70. Geburtstag telegraphisch im Namen des Reichstages gratuliert habe; der Prinzregent habe telegraphisch geantwortet.

Während der Präsidentschaft des Antworttelegramm verliest, erheben sich die Abgeordneten mit Ausnahme der sozialdemokratischen Abgeord. Guck und Stadthagen von den Plätzen.

Präsident Graf Schwerin: Sie haben sich von den Plätzen erheben, um der Ehrenerkennung vor dem Jubilar Ausdruck zu geben. (Zuruf: Stadthagen nicht.) Ich stelle das fest.

Zweite Lesung

des Etats für das Reichsamt des Juncern.

Abg. Dr. Stresemann (Nat.l.) bittet den Staatssekretär, darauf zu achten, daß der deutsche Handel nach Finnland keinen Schaden erleide, daß Finnland ins russische Zollgebiet einbezogen wird, würdigt dann das kanadisch-amerikanische Zollabkommen in seiner Bedeutung für den Handel und fragt den Staatssekretär, ob es richtig sei, daß Kanada Vergünstigungen erhalten habe, die der deutsche Handel nicht erhält. Umer Handel mit Portugal hat sich für Portugal sehr günstig entwickelt, aber weniger günstig für uns. Wir haben eben im vorjährigen Handelsvertrag Portugal zu große Zugeständnisse gemacht. Der Reichstag hat leider auf die Einzelheiten der Handelsverträge keinen Einfluß, nur der wirtschaftliche Inhalt nicht in ihm verankert ist. Für die Weltstellung in Indien sind 120.000 M. in den Etat eingestellt; das ist eine lächerlich geringe Summe, mit der eine mächtige Vertretung des Reiches nicht möglich ist. Unsere Wirtschaftspolitik ist im Grunde gesund. Es ist unbegründlich, wieso vom Bunde der Landwirte und von Konservativen das Heideberger Programm bekämpft wird. Die gesamte nationalökonomische Partei steht auf dem Boden

des Schutzes der nationalen Arbeit durch Schutzzölle; aber der Hochschulgeldbesatz darf nicht überschritten werden, weder in der Industrie noch in der Landwirtschaft. Es ist nicht Schutz, sondern Schädigung der nationalen Arbeit, wenn von den Symbolen der Wohlhabenheit ins Ausland so billig verkauft werden, daß der inländische Kaufmann nicht mehr konkurrieren kann. (Sehr richtig! b. d. Nat.l.) Es ist unwahr, daß der Reichstag sozialpolitisch nicht geleistet hat, wie teuren

Sozialpolitik im Bismarck'schen Sinn der Unterstützung nämlich Reduzierung. Eine halbe Milliarde Mark wird jährlich vom Reich und den Landesregierungen anlässlich der Arbeiterversicherung aufgebracht. (Hört, hört! b. d. Nat.l.) Wenn die Sozialdemokraten behaupten, die Arbeiter hätten sich was zugute darauf, daß sie die Arbeiter nicht mehr verhungern, sondern nur noch hungern lassen, so ist das Heberzeugung und Unehrlichkeit. Den Anführern des Herrn Kollegen Max Vinz über den Unzug der Sozialdemokratie mit dem

Bonkot und Koalitionszwang kann ich mich nur anschließen, er muß auf das Schärfste bekämpft werden. (Bravo rechts.) Allerdings nicht durch Ausnahmegesetze. Die Beurlaubten-Vorkämpferung sollte noch in dieser Session zustande kommen. (Zustimmung bei der Nat.l.) Die national-liberale Politik wird auch in Zukunft auf den Ausgleich der widerstreitenden Interessen gerichtet sein. (Bravo! bei der Nat.l.) Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Abg. Fischer hat am Sonnabend zu meiner großen Freude anerkannt, daß Deutschland auf dem Gebiete der Sozialpolitik positive Leistungen aufzuweisen hat; freilich schätzt er diese Leistungen, die durchweg gegen den Widerstand der Sozialdemokratie zustande gekommen sind, freilich gering ein. Herr Stresemann hat schon ausgesprochen, daß auch eine halbe Milliarde Mark jährlich für Zwecke der Arbeiterversicherung veranschlagt wird. Das darf auf keinen Fall als eine Kleinigkeit bezeichnet werden. Herr Fischer stellte Redemotiven an, die teilweise schon der Abgeordnete Stresemann richtiggestellt hat. Ich gebe zu, es ist schwierig, den jährlichen Lebensbedarf des Nationalvermögens genau zu veranschlagen; aber auf keinen Fall ist 1/2 Milliarde als eine Kleinigkeit zu bezeichnen. (Sehr wahr! rechts und bei der Nat.l.) Herr Fischer hat nun auch von der sozialpolitischen Leistungsfähigkeit der letzten Jahre gesprochen. Die Regierung hat dem Reichstage eine solche Fülle von sozialpolitischen Gesetzentwürfen vorgelegt, daß es bekanntlich zweifelhaft ist, ob er sämtliche Vorklagen in dieser Session wird erledigen können. Wenn die Reichsverfahrensordnung nicht zur Erledigung gelangen sollte, so ist das wirklich nicht die Schuld der Regierung und noch weniger die Schuld der Reichstagskommission. Der Abg. Fischer hat auch darüber Klage gemacht, daß in den letzten Jahren zu wenig Bundesratsvorschriften über die Regelung von Arbeitsverhältnissen erschienen sind. Aber das liegt einmal daran, daß natürlich, nachdem in früheren Jahren diese Verordnungen zahlreich erschienen sind, die Zahl der in Betracht kommenden Gewerbe sich vermindert, sowie ferner an der durch die Parität gewonnenen Erkenntnis, daß vielfach die Reglementierung für das ganze Reich ungeschicklich für Arbeiter und Arbeitgeber ist. (Beifallige Zustimmung rechts.)

Der Regierung wird auch zum Vorwurf gemacht, daß sie noch nicht die Frage der Tarifverträge reichsgesetzlich geregelt hat. Gewiß ist die Tarifbewegung eine außerordentlich wichtige; aber der Zeitpunkt für eine gesetzliche Regelung scheint mir noch nicht gekommen. Die Vorbereitungen für ein Reichstagesgesetz ist die Reichsfinanzpolitik der Berufsvereine und diese stößt auf mannigfache Schwierigkeiten. Es geht nicht an, wie manche wollen, den Berufsvereinen nur die Rechte, aber nicht die Pflichten juristischer Personen zu geben. (Sehr wahr! rechts.) Die Frage kann meines Erachtens nur so geregelt werden, daß die Berufsvereine für die Durchführung der Tarifverträge mit ihrem Vermögen haften. (Sehr richtig! rechts.) Andersfalls ist eine gesetzliche Vollstreckbarkeit der Tarifverträge unmöglich. Man soll aber den Wunsch einer gesetzlichen Regelung dieser Frage nicht allzu tragisch nehmen. Mit den Tarifverträgen geht es wie mit den angebl. auf ein geschlossenen Staatsverträgen: sie werden gehalten, solange es den Interessen der beiden vertragsschließenden Teile entspricht. (Heiterkeit und Zustimmung.) Unter solchen Umständen halte ich zurzeit die gesetzliche Regelung der Tarifverträge für nicht geboten, so sehr auch eine solche Aufgabe einen

tatsächlichen Minister anzeigen könnte. (Heiterkeit und Hört, hört!) Redner verbreitet sich ferner in einzelnen etwas unverständl. über zahlreiche Fragen der Mittelstands- und allgemeinen Wirtschaftspolitik. Er hebt die Schwierigkeiten hervor, die der im Zentrum und von der Rechten in ihren Resolutionen geforderten weiteren Einschränkung des Ausfuhrhandels durch die Reichsgesetzgebung entgegenstehen. Der Abgeordnete Fischer hat bemängelt, daß die Reichs-Regierung noch nicht die

gesetzliche Regelung der Subsidate in Angriff genommen hat. Die Regierung verfolgt diese Frage mit gespanntester Aufmerksamkeit. Aber angesichts der großen Schwierigkeiten, die hier vorliegen, erscheint eine gesetzliche Regelung mindestens vorläufig umgebrocht. Herr Müller-Meißenin hat im vorigen Jahre angekündigt, es werde folgende Interpellationen über die Handhabung des

neuen Vergütungsgesetzes einbringen, bis es im Sinne des Gesetzgebers ausgeführt wird. Ich frage mich, daß er sich diesmal auf eine Anfrage bei meinem Etat beschränkt hat; ich schreibe daraus, daß die Beschwerden über die Mißstände, wie sie anfangs vorläufig, erheblich zurückgegangen sind. (Lachen links.) Es entspricht dies auch meinen eigenen Beobachtungen. Der Abg. Müller-Meißenin hat ja einige

bertragen und ein Einschreiten dagegen verlangt. So lange ich mit den Zentralbehörden über die Grundzüge der Ausführung des Vergütungsgesetzes einig bin, habe ich zum Einschreiten keinen Anlaß. Die Erweiterung von Subsidien, die entgegen den Absichtungen der Zentralbehörden vorläufig, gehört in die Vorläufe der einzelnen Bundesstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Herr Müller-Meißenin verweist uns eben auf das generelle

in Preußen, das eine Verletzung des Gesetzes sei. Er hatte recht, wenn ein solches generelle Verbot ergangen wäre. Der preussische Minister des Innern hat aber nur unter Hinweis auf bestimmte Vorläufe daran aufmerksamer gemacht, daß, wie die Dinge liegen, jeder öffentliche Anzug eine öffentliche Gefahr bilden kann und daher in der Regel verboten werden soll, er hat also die Möglichkeit der Genehmigung angegeben (Lachen links.) und ich hoffe, daß die nachgeordneten Behörden die missverständliche Auffassung, als ob jeder öffentliche Anzug zu verbieten sei, aufgeben werden. (Erneutes Lachen links.) - Weiter verlangt der Abg. Müller-Meißenin, die

Verbot öffentlicher Anzüge zur Wahrung des Wahlscheiters. Es ist unaufrichtig, wenn ein Wahlvorstand und Wahlvorkomitee sich dazu hergeben, durch künstliche Manipulationen das Wahlergebnis zu verzerren. Aber die Zahl der Fälle, in denen es geschehen, ist doch zu gering, um das Verbot zu ändern. Unregelmäßigkeiten bei der Wahl können auch auf anderer Seite vor. Man könnte verlangen, ob nicht auf dem Wege der Gesetzgebung mit solchen Taten einer Überlebens-Notlage und kurz vor seinem Schluß gegeben. Jedenfalls werde ich vor den Neuwahlen Anweisung geben, daß die mit der Ausführung der Wahlen betrauten Behörden dafür Sorge tragen, daß die Wahlurnen nicht missbraucht werden, die durch ihre Beschaffenheit zu Mißbräuchen Veranlassung geben, und daß auch sonst das Wahlscheitens nicht gewahrt werden soll. (Bravo! links.)

- Weiter wünscht Herr Müller-Meißenin, daß Verhältnisse mit einer geringen Zahl von Wählern zur Sicherung des Wahlergebnisses mit beachtenswerten Einflüssen zu einem größeren Wahlbezirk vereinigt werden. Zum Teil geschieht dies, aber man darf nicht vergessen, daß ein zu weiter Weg das Wahlrecht illusorisch machen kann. (Sehr richtig! rechts.) Anrecht ist auch die Frage der Frist der Ersatzwahl. Ich habe von einer gesetzlichen Regelung Abstand genommen, aber die Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist bei einer Ersatzwahl eben schnell zu erledigen sind, wie bei den Neuwahlen. Von mehreren Bundesregierungen ist mir bereits die Zusicherung zugegangen, daß sie verfahren werden soll. Nur ein Theatergesetz sind Gutachten von den Bundesregierungen eingeholt worden. Preußen hat bestimmte Vorschläge gemacht über die demnächst mit den Interessenten verhandelt werden soll. Ich will daher für heute schließen mit der Inanspruchnahme eines Theatergesetzes. (Beifall.)

Abg. Brexski (Pole) sagt darüber, daß es den politischen Arbeitern schwer gemacht werde, die ihnen nach den Versicherungsgesetzen zustehenden Renten zu erhalten. Mit werden ihnen auch die Renten wieder zu Unrecht entzogen. Eine Folge der polnischen Polenkultur ist das Abwandern der polnischen Arbeiter. In Berlin findet man mehr polnische Namen als in Polen, auch in die Bepflanzung und Fabriken der westlichen Teile der Monarchie werden die Polen gedrängt. Ein preussischer Regierungsrat äußerte sich nicht zu lassen, der Westen sei von Polen durchsetzt. (Hört, hört! bei den Polen.) Das ist eine Unverschämtheit gegen das polnische Volk. (Beifallige Zustimmung bei den Polen.)

Präsident Graf Schwerin: Für diesen Ausdruck gegen einen Branten rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Brexski (fortfahrend): Die Löhne der Arbeiter sind nicht so gering, wie die Preis für Getreide und die Preise der sonstigen Lebensmittel. Der Konsum des Fleisches unter der Arbeiterbevölkerung ist daher zurückgegangen. (Sehr wahr! bei den Polen und Soz.) Bei der Beratung des Vergütungsgesetzes haben wir vorausgesetzt, daß die polnischen Gewerkschaften als politische Vereine behandelt werden würden. Das ist auch eingetroffen. Angehörig ist auch, daß die Regierung und die Arbeitgeber die Arbeiter in die gleichen Gewerkschaften zu zwingen suchen. Die Arbeiter müssen Freiheit haben, sich zu organisieren, wie sie wollen. (Zustimmung bei den Soz. und Polen.) Die Ehre Deutschlands erfordert es, daß mit der Sozialpolitik nicht gebrochen wird. (Beifalliger Beifall bei den Polen.)

Abg. Rieseberg (Wirtsch. Vgg.) fordert die Oligarchen Nationalisten auf, in der Stichwahl antikommunistisch zu stimmen, besagt die Lage des Mittelstandes, der Handelsvertrag mit Portugal und die Nichtanerkennung von Handelsvertretern zum wirtschaftlichen Austausch, begrüßt ferner die Beratung des Klumpnermeisters Plare in das preussische Herrenhaus, die im ganzen deutschen Handwerk Freundschaft und Unterstützung hervorgerufen habe. Redner beklagt dann, vom Bundespräsidenten Schutz vergebens zum Etat des Innern zurückgewiesen, die Handelsverträge. - Die Tarifverträge werden von der Sozialdemokratie parteipolitisch mißbraucht, ebenso die angeblich paritätischen Arbeitsnachweise. Ich lebe nicht von Arbeitergrößen, sondern von meinem Geschäft. Redner spricht dann über die Schädigungen, die ein Bädermeister Ende durch die Sozialdemokratie erlitten haben soll. Die Sozialdemokraten sollten rot vor Scham werden. (Auf b. d. Soz.: Wie sind ja schon rot!) (Große Heiterkeit.) Ueberwachen Sie sich nicht, Herr Brexski. (Abg. Brexski: Die Heberzeugung ist auf Ihrer Seite. Weiter!) Redner spricht dann über allerlei Mittelstandsfragen. Wenn die Gesetzgebung sich nicht entschließen, gegen die Wanderlager und gegen die Hausierer vorzugehen, dann sind die Handwerker die Geladenersten und können sich die Nase wischen. Sieht man, wie die Arbeitswilligen gemißhandelt werden, dann kann man nicht mehr sagen, daß man in einem freiwirtschaftlichen Staatswesen lebt. (Heiterkeit b. d. Soz.) Es soll und muß endlich etwas für das Handwerk geschehen. (Bravo! bei den Antikommunisten.)

Abg. Bruhn (b. l. Fraktion, Antikom.) - die Linke verläßt den Saal; es sind ungefähr nur je ein Duzend Abgeordnete vom Zentrum und von der Rechten im Saal - verbreitet sich über Mittelstandspolitik.

Gegen 8 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr verlegt.

Abg. Bruhn (b. l. Fraktion, Antikom.) - die Linke verläßt den Saal; es sind ungefähr nur je ein Duzend Abgeordnete vom Zentrum und von der Rechten im Saal - verbreitet sich über Mittelstandspolitik.

Gegen 8 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr verlegt.

Abg. Bruhn (b. l. Fraktion, Antikom.) - die Linke verläßt den Saal; es sind ungefähr nur je ein Duzend Abgeordnete vom Zentrum und von der Rechten im Saal - verbreitet sich über Mittelstandspolitik.

Gegen 8 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr verlegt.

Abg. Bruhn (b. l. Fraktion, Antikom.) - die Linke verläßt den Saal; es sind ungefähr nur je ein Duzend Abgeordnete vom Zentrum und von der Rechten im Saal - verbreitet sich über Mittelstandspolitik.

Gegen 8 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr verlegt.

Abg. Bruhn (b. l. Fraktion, Antikom.) - die Linke verläßt den Saal; es sind ungefähr nur je ein Duzend Abgeordnete vom Zentrum und von der Rechten im Saal - verbreitet sich über Mittelstandspolitik.

Gegen 8 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr verlegt.

Abg. Bruhn (b. l. Fraktion, Antikom.) - die Linke verläßt den Saal; es sind ungefähr nur je ein Duzend Abgeordnete vom Zentrum und von der Rechten im Saal - verbreitet sich über Mittelstandspolitik.

Gegen 8 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr verlegt.

Zum Kapitel Turner-Bildungswesen beantragt die Kommission, die Regierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei Einführung einer Vermehrung von Turnstunden in Volksschulen die idealen Fächer, insbesondere Religion und Deutsch nicht gekürzt werden.

Abg. Scheppe (Vp.) betont die Bedeutung des Turnunterrichts für die Veranbarung einer wehrfähigen Jugend. Zu Gunsten des Turnunterrichts könnte am besten eine Stunde im Schreiben ausfallen. Von dem Werte der Militärpolitik der Jugend sei man erstreuenweise wieder zurückgekommen.

Abg. v. Campe (nat.) erklärt unter Berufung auf die Generaldebatte, daß eine Freunde dem auf Antrag des Zentrums in der Kommission angenommenen Antrag nicht zustimmen könnten.

Abg. Glatteker (Zentr.) bittet um Annahme des Antrags der Kommission.

In der Abstimmung wird der Antrag der Kommission gegen die Stimmen der Freikonserativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt das Kapitel Schulaufsicht.

Die Kommission beantragt die Regierung zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, wie auch bei drohender Einführung der Revision an Volksschulen der Einfluß der Kirche auf die Schule sicher zu stellen ist, und ferner, eine Petition um Übertragung der geistlichen Schulaufsicht auf Sachverständige im Hauptamt der Regierung als Material zu liefern.

Abg. Hoff (Vp.): Gegen diesen Vorstoß des Zentrums mit Unterstützung der Konservativen auf weitere Rezessionsarbeiten Volksschulen müssen wir entschieden protestieren. Wir stellen demgegenüber die Forderung auf völlige Vereinfachung der geistlichen Disziplininspektion und auf Ersetzung der nebenamtlichen Kreisdisziplininspektion durch die hauptamtliche. Hierbei muß ein beschleunigter Tempo eingehalten werden als bisher. (Sehr richtig! links.) Als hauptamtliche Kreisdisziplininspektoren sollten in erster Linie im Dienst der Volksschule erfahrene Männer berufen werden. (Bravo! links.) Die preussische Volksschule ist von obenherin als Staatschule gedacht gewesen, daher steht auch dem Staat allein das Aufsichtsrecht zu. Gegen die Schulaufsicht durch Geistliche spricht schon das Befehlen des Antimodernismus des. (Sehr richtig! links.) Möge die Regierung die Konsequenz der durch diesen Eingebenen Situation ziehen. (Bravo! links.) Die Konservativen möchte ich an das Wort erinnern: Wer von Rom trift, trift daran. (Lachen rechts.) Sie haben ja hier auf Grund des Dreiklassenwahlrechts die Mehrheit, aber die Meinung des Volkes wird nicht zum Ausdruck kommen, wenn der Antrag der Mehrheit der Budgetkommission hier angenommen wird. (Bravo! links.)

Abg. Tritsch (Zentr.): Wir halten an der geistlichen Schulaufsicht fest. Das Recht der Kirche auf die Schule ist historisch begründet, es wuzelt in der Pflicht der Kirche zur religiösen Unterweisung und Erziehung der Jugend. (Bravo! im Zentrum.) Daß ein freiwirtschaftliches Nebeneinanderarbeiten von geistlichen Disziplininspektoren und Rektoren möglich ist, beweisen die Verhältnisse in Baden und Orier. Der Geistliche muß sich davon überzeugen, ob der rechte religiöse christliche Geist den gesamten Schulunterricht durchweht und ob nicht andere Lehrer das niederrücken, was der Religionsunterricht mäßigem gestiftet hat. Wir verlangen nicht eine Klerikalisierung der Schule (Lachen links), aber wir verlangen für die Kirche auf dem Gebiete der Schule den ihr gebührenden Platz an der Sonne. (Bravo! im Zentr.)

Abg. v. Campe (Nat.l.): Wir wünschen, daß im Interesse der Schule mit der hauptamtlichen Disziplininspektion voller Ernst gemacht werde und zwar in rascherem Tempo als bisher. Die Konservativen sollten sich in dieser Frage dem Strom der Zeit nicht entgegenstellen, er geht doch über sie hinweg. Den Antrag der Kommission lehnen wir ab, denn wir können eine Gefahr für die religiös-sittliche Erziehung in unseren Volksschulen nicht anerkennen. Nach ein Recht der Kirche auf die Schule ganz allgemein können wir nicht anerkennen, daß würde in der Tat eine Klerikalisierung der Schule bedeuten. (Bravo! b. d. Nat.l.)

Abg. Claron d'Haussonville (kon.): Eine Klerikalisierung der Schule wollen wir nicht, aber wir wünschen, daß auch bei der Ausschreibung des Rektorentums die Kirche aus dem Organismus der Schule nicht ganz herausgenommen wird. Kirche und Schule müssen in Hand in Hand gehen zum Heile der Jugend des Volkes. Dem Urteil des Volkes, auf das uns Herr Hoff verwies, setzen wir unheimlich entgegen, für uns handelt es sich hier um ein heiliges Prinzip. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Jeddik (kon.) erklärt, daß seine Freunde gegen den ersten Antrag der Kommission stimmen würden.

Abg. Schwarze (Zentr.) polemisiert gegen die Abg. v. Campe und Hoff. Aus dem Rechte der Kirche auf den Religionsunterricht in der Volksschule folgt das Recht auf geistliche Disziplininspektion. (Widerspruch links.)

Abg. Dr. Liebnicht (Sozialdemokrat): Der Kampf um die Schule ist ein Kampf um die Seele der Jugend des Volkes und der Kampf um die Schulaufsicht ist der Brennpunkt dieses Kampfes. Wir halten es für höchst unmoralisch, wenn man das Schulwesen ausnützt zu politischen und religiösen Zwecken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Schule muß nach rein sachlichen Gesichtspunkten der möglichen Förderung der Gebildung der Jugend ohne jede Parteilichkeit geleitet werden. Wir fordern eine weltliche Schulaufsicht und zwar eine sachmännische Aufsicht im Hauptamt. Wir fordern dann: zugehörigende Selbstverwaltung im Schulwesen und mögliche Einschränkung aller Aufsichtsrechte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie in Wirklichkeit heute die Schulaufsicht mißbraucht wird zu politischen und religiösen Zwecken, davon können wir Sozialdemokraten ein Lied singen. Niemals werden Sozialdemokraten zur praktischen Mitarbeit in Schuldeputationen zu lassen.

Die Zulassung der Frauen zu den Schulkommissionen wird von der Regierung fast noch überall abgelehnt. Das ist äußerst kleinlich. In der Frage der geistlichen Schulaufsicht sind die Konservativen die unbedingten Schleppenträger des Zentrums gewesen. Welt unter der Lehrerschaft die Erkenntnis von der Notwendigkeit gewisser Reformen wächst, zu der sie durch ihre enge Fühlung mit der sozialen Misere unserer Zeit gekommen sind, wollen Sie ihnen mit dunklen Kutten das Licht der Sonne verhängen und ihnen immer festere Ketten anlegen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Nun zu dem Thema der Schulaufsichtstätigkeit gegenüber den Bildungsbestrebungen insbesondere den

Preussisches Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung. Montag, den 13. März, Vormittags 11 Uhr. Am Ministerische: v. Trott zu Solz. Die zweite Beratung des Kultus Etats wird beim Elementarunterrichtsweien fortgesetzt.

Kollage zu Lochpfeifen verführt und dazu ein anderes Mittel, um einen Diebstahl zu provozieren. Hat der Kultusminister vielleicht auch von diesen Polizeibeamten, der einen Minderjährigen in der Spibelei unterrichtete, ein Unterrichtsverbot verlangt? (Sehr gut! bei den Soz.)

Mit seiner Behauptung, es gäbe Entscheidungen des höchsten Gerichts, die ein Eingreifen der Schulaufsichtsbehörde gegen die nicht mehr schulpflichtige Jugend rechtfertigen, hat die von dem Minister angeführte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes nicht das geringste zu tun. Inzwischen ist eine Entscheidung des Reichsgerichtes vom 28. Juli 1910 ergangen, die klar ausspricht: es fehlt an einer gesetzlichen Vorschrift, die die Schulverwaltung ermächtigt, die Erteilung von Turnunterricht in Arbeiterturnvereinen an nicht der Schulpflicht unterliegende Personen von einem Erlaubnischein abhängig zu machen. (Hört, hört! bei den Soz.) Aus dieser klaren Entscheidung des höchsten Gerichts hat aber die Unterrichtsverwaltung nicht das geringste gelernt. Auf eine Anfrage in der Kommission hat der Minister geantwortet, das Reichsgericht habe die Gültigkeit der Kabinettsordre von 1845 nicht in Zweifel gezogen, und der Unterrichtsverwaltung insofern recht gegeben, als es entschieden habe, daß diese Kabinettsordre sich nicht nur auf die schulpflichtige, sondern auch auf die schulpflichtlose Jugend beziehe. Es ist unerhört, wie der Minister angesichts des klaren Wortlautes des Reichsgerichtsurteils eine solche Behauptung aufstellen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der Praxis kümmert sich die Unterrichtsverwaltung nicht im geringsten um die Entscheidung des Reichsgerichtes. In einem Falle wurde ein Leiter eines

Gesangsvereins in Oberschlesien

wiederholt mit 300 Mark Geldstrafe, eventuell Haft belegt, und hat schließlich drei Wochen gefesselt.

Gegen den Vorstehenden desselben Vereins Ponietz wurde ebenfalls eine solche Verfügung erlassen. Er erklärte sich bereit, Jugendliche unter 18 Jahren auszuschießen. Gegen ihn ergingen dann 20 bis 30 Strafverfügungen über je 300 Mark, zusammen über 7500 Mark, für je 12 Mark einen Tag Haft, im ganzen 126 Tage Haft. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist ein unerhörtes Vorgehen der Schulbehörde und sollte selbst diesen Landtag zum stärksten Protest auffacheln. Ponietz ist schließlich

nach Galizien geflüchtet.

Jogar mit Polizeihunden wurde noch ihm gesucht. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Mann ist vollständig zum Weiler geworden durch die Varderei des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten. Alle Mittel, dem Mann nach der Entscheidung zu seinem Recht zu verhelfen, blieben erfolglos. Die Regierung in Opateln erklärte, daß die Entscheidung des Reichsgerichtes überhaupt nicht für sie in Betracht komme, ehe sie nicht Anweisung vom Minister erhalte. Auf eine energische Eingabe um Entschädigung des Ponietz hat die Schulaufsichtsbehörde von einem „Ankmen“ gesprochen. Ist denn die Scham zu den Hundstuden entflohen? (Oh! rechts.) Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Ich habe gegen diese Beamten Strafanzeige erstattet, aber selbstverständlich hat die Staatsanwaltschaft die Verfolgung abgelehnt und die Oberstaatsanwaltschaft hat erklärt, daß die Beamten den Totus nicht gehabt haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Regierung zerlegt den Spruch des höchsten Gerichts, der Minister prüft die Gesekwidrigkeiten. In einem Parlament, das die Majestät des Gesetzes achtet, müßte ein solcher Minister seinen Platz sofort mit Scham und Schande verlassen. (Beifall bei den Soz.) Mit der Unwissenheit, die der Minister in der Kommission gezeigt hatte, könnte man Witold haben. (Oh! rechts.) Will der Minister noch einmal seine Hand gegen den Anarchismus erheben, — sein Verhalten in der Schulaufsicht ist der schlimmste Anarchismus. (Zustimmung bei den Soz.) So kann es nicht weiter gehen. Ist der Kultusminister jetzt endlich gewillt, Recht, Recht sein zu lassen, Remedur zu schaffen und seine Pflicht zu tun? (Lachen rechts.) Ich bin hier, nicht um den Minister zu fragen, sondern um ihn anzulagen. (Lachen rechts.) Ich lüge die Regierung, den Minister, die Schulaufsichtsbehörden an

daß sie zweierlei Recht üben,

daß sie Recht und Gesetz brechen, daß sie ihr Amt politisch mißbrauchen, daß sie ihre Beamten zum Amtsmißbrauch verleiten, daß sie deutsche Staatsbürger gegen Gesetz und Recht ins Gefängnis geworfen haben, daß sie sich leichtsinnig und pflichtvergessen über die Entscheidung des Reichsgerichtes hinwegsetzen und nach der Belehrung durch das höchste Gericht geduldet haben, daß ihre Untergebenen ihre Amtspflichten verletzten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Lachen rechts und im Zentrum.) Wenn wir einen Rechtsstaat hätten, hätte man nicht der Kultusminister das Wort, sondern der Staatsanwalt. Ich bin am Ende meiner Anklage, (Lachen rechts.) die Sie nicht verstehen, weil Sie der Subjektivität von Gesekwidrigkeiten sind. (Präso! bei den Soz. Lachen rechts und im Zentrum.) Umerschäm! Ich bin am Ende meiner Anklage, jetzt hat der Kultusminister zu seiner Verteidigung das Wort! (Lebhafter Beifall bei den Soz. Lachen rechts und im Zentrum.)

Sitzpräsident Porzsch: Aus dem Sitzprogramm entspreche ich, daß ich die Worte des Abg. Ponietz, daß die Scham zu den Hundstuden entflohen? an die Schulaufsichtsbehörden beziehe. Da er also den Schulaufsichtsbehörden Schamlosigkeit nachsagt, muß ich ihn dafür zur Ordnung.

Kultusminister v. Tross zu Solz:

Die Schulaufsichtsbehörden fühlen sich mit Recht verpflichtet, gegen die Machinationen der Sozialdemokratie vorzugehen, welche darauf gerichtet sind, ihre politischen Tendenzen in die Schule und in den Unterricht zu tragen. Ich bitte, die Protokolle der Parteitage anzuschlagen, da werden Sie finden, daß die Herren der Ansicht sind, daß es eine ihrer wichtigsten Aufgaben zur Zeit sei, an die Jugend heranzutreten und sie zu erfüllen mit den Zielen der Sozialdemokratie. Die Maßnahmen, die wir neuerdings getroffen haben auf dem unterrichtlichen Gebiet, richten sich dahin, Abwehr zu schaffen gegen diese der Schule nachteiligen Tendenzen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist die einzige politische Partei, die von Partei wegen Jugendorganisationen schafft. (Widerpruch bei den Soz.) Keine andere politische Partei schafft solche Organisationen. Es besteht eine ganze Reihe Einrichtungen für die heranwachsende Jugend, aber hinter keiner steht eine politische Partei. (Erneuter lebhafter Widerpruch bei den Soz.) Ich würde es für Pflichtverletzung halten, wenn die Schulbehörden dagegen nicht einschreiten würden, selbstverständlich dürfen sie das nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Abgeordneter Liebknecht: Sie brechen hier die Dinge, um sie für Ihre Zwecke brauen zu machen. Das Reichsgericht hat ausdrücklich ausgesprochen, daß der Vorderrichter irrt, wenn er annimmt, daß die Kabinettsordre von 1845 nicht auch für die schulpflichtlosen Kinder gilt und daß die Bestimmung der Gewerbeordnung auf den Turnverein dann keine Anwendung findet, wenn eine Landesbehörde den Turnunterricht erteilen läßt, ferner, daß der Turnunterricht, mag er an schulpflichtige oder schulpflichtlose erteilt werden, der Kabinettsordre von 1845 unterliegt. (Abg. Liebknecht: Gar keine Rede!) In den Vordergrund hat das Reichsgericht den ganz neuen Grundgedanken gestellt, daß das ganze Aufsichtswesen des Staates gegen das Verbotswesen unter den Gesichtspunkt des Erziehungswesens fällt. Das Reichsgericht bedauert, daß nur dann zu Privatunterricht Erlaubnis erforderlich ist, wenn der Unterricht einen Ertrag bildet für den in öffentlichen Schulen erteilt. Wenn nach den äußeren Umständen anzunehmen ist, daß ein Mann seinen Sohn in eine öffentliche Schule schicken würde, würde nach dem Reichsgericht, der Privatunterricht, den er seinem Sohn in denjenigen Gegenständen erteilen läßt, die in der Schule gelehrt werden, der Genehmigung bedürfen. Das Reichsgericht hat doch wohl nicht alle tatsächlichen Umstände, die hier in Frage kommen, in Betracht gezogen und braucht das wohl auch bei den zur Entscheidung stehenden konkreten Fällen nicht. Das Reichsgericht hat außer acht gelassen, daß von den schulpflichtlosen Jugendlichen der größte Teil in den Städten verbleibt, eine Fortbildungswelt zu besuchen. Für diese gilt das gleiche, was das Reichsgericht bei den höheren Schulen gesagt hat. (Abg. Liebknecht: Aber nicht bis zum 21. Jahre!) Ich kenne also das Reichsgerichtsurteil nur eine Tragödie sehr wohl. Es ist auch nicht richtig, daß die Schulbehörden mit Vorbedacht gegen diese Erkenntnis gehandelt haben. Die 30 Jahre hindurch bestandene Praxis der Schulverwaltung konnte aber unmöglich sofort umgewandelt werden, die Schulbehörden mußten sich nach Bekanntwerden des Urteils erst auf die neuen Gesichtspunkte einstellen. Ich habe eine allgemeine Anweisung herausgegeben, um die Praxis der Behörden in Einklang zu bringen mit dem Reichsgerichtsurteil. Die Fälle in Ober- und Schlesien haben vor Bekanntwerden der Entscheidung gespielt. (Abg. Liebknecht, der wiederholt Zwischenrufe macht, wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.) Hebrigens handelte es sich dabei nicht um harmlosen Gesangsunterricht, sondern wie aus dem Text der Feder hervorgeht, um politische Behauptungen. Wir wollen die

Politik aus dem Unterricht fernhalten, vor allem die sozialdemokratischen Tendenzen. Ich hoffe, daß dieses Gans die Schulverwaltung in diesem Bestreben unterstützen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident v. Kröcher schlägt vor, eine Abend-Sitzung abzuhalten.

Abg. Dirck (Soz.): Ich erhebe Widerspruch gegen diesen Vorschlag. Nicht etwa mit Rücksicht auf uns selbst, aber mit Rücksicht auf die Beamten und Diener des Hauses und die Presse, an die durch die fortgesetzten Tagungen ganz unerhörte Anforderungen gestellt werden. Außerdem haben wir es erst neulich erlebt, daß von den Herren der Rechten, die eine Abend-Sitzung beschlossen hatten, am Abend selbst fast niemand erschien. (Hört, hört!) Es müßte dann mindestens am Anfang der Abend-Sitzung durch Namensaufruf festgestellt werden, ob die Herren, die die Sitzung beschlossen haben, auch da sind. (Beifall links.)

Abg. Dietrich (Bism.) schließt sich dem Widerspruch des Vorderrichters an, weil, wenn noch eine Stunde gelagt würde, die Debatte wohl auch erledigt werden könnte.

Abg. Schepp (Sp.) erhebt namens seiner Freunde aus den Gründen des Abg. Dirck ebenfalls Widerspruch gegen die Abend-Sitzung.

Die Abend-Sitzung wird hierauf gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Abg. Seckenroth (Kons.): Die Regierung kann unmöglich Bestrebungen im Privatunterricht dulden, deren Tendenz auf die Vernichtung des Staates gerichtet ist. Wir können daher den Ausführungen des Ministers nur zustimmen. Die Befreiung der geistlichen Schulaufsicht wäre der erste Schritt zur Trennung von Kirche und Staat. Diesen Weg werden wir nicht betreten. (Präso! rechts.)

Abg. Cassel (Sp.): Die Schulverwaltung muß sich freibestalten von jeder Verflechtung der politischen Richtung. Die Simultanschule wird schließlich doch den Sieg erringen. Gegen eine Degradation der Volksschule, wie sie Herr v. Zedlitz wünscht, müssen wir uns entschieden wenden. Wenn die Kreis-Schulinspektoren dem Landrat unterstellt würden, würde die Behörde auch politisch vom Landrat abhängig werden. (Sehr wahr! links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Resolution der Kommission wird gegen die Stimmen der Freikonserverativen und der Linken angenommen.

Abg. Liebknecht (Soz.) (persönlich): Der Kultusminister hat behauptet, ich hätte das Reichsgerichtsurteil falsch zitiert. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich wörtlich das Reichsgerichtsurteil vorgelesen habe. Weiter habe ich nicht gesagt, daß das Fortbildungswesen überhaupt der Schulaufsicht entzogen sei, sondern betont, daß innerhalb der Fortbildungsschulen in den betreffenden Gegenständen nicht Unterricht erteilt werde und daß sich der Fortbildungswesen höchstens bis zum 18. nie aber bis zum 21. Jahre erstreckt. Durch den Schluß der Debatte ist es mir leider unmöglich gemacht, ausführlich nachzuweisen, daß der Minister im vollen Umfange dessen schuldig ist, wessen ich ihn bezichtigt habe.

Abg. von Zedlitz (freikons.): Herr Cassel hat in den Ausführungen mir gegenüber wie ein Donquichotte gegen Windmühlen gekämpft.

Abg. Cassel (Sp.): Wenn ich Donquichotte bin, so ist Herr von Zedlitz der Sancho Panza. (Beifall links.)

Abg. von Zedlitz (freikons.): So bist wie Sancho Panza bin ich doch nicht.

Abg. Hoffmann (Soz.): Aber so dickfellig. (Große Beifall links.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 10 Uhr vertagt.

Aus der Geschäftswelt.

Die Verzweiflung des Kranken.

Von allen Krankheiten sind am meisten verbreitet, die tödlichsten und folgenschwersten, die Erkrankungen der Atmungsorgane.

Mit „ein bißchen Husten“ fängt es an, wer achsel auf ein bißchen Husten! Dann wird der Schlaf schlechter; man wirft Säulen aus, der Kopf ist benommen, der Appetit schwindet, die Gesichtsfarbe fahl, das Auge krankhaft glänzend, man fühlt sich unfähig zur Arbeit, hat Atembeschwerden, ist besträubt bis zur Verzweiflung — und erfährt dann schließlich, daß man an einer schon weit vorgeschrittenen Erkrankung der Atmungsorgane leidet, die den ganzen Körper in Mitleidenschaft gezogen hat.

Sonst wird alles Mögliche getan, um der Krankheit Einhalt zu gebieten, Geld spielt keine Rolle mehr, es wird alles probiert. Wer sich's leisten kann, geht nach Tobes, um dort dünne, sehr sauerstoffreiche Luft zu atmen!

Es — leider — nicht jeder in Tobes leben kann, haben die Ärzte zu Sauerstoff-Inhalationen gegriffen und aus eisenen Flaschen dem in eine Saug-Maske gesteckten Patienten Sauerstoff zugeführt. Das Verfahren ist unwirksam, teuer und eine Qualerei für den Kranken, aber man hat zweifelloser Erfolge gehabt.

Jetzt aber ist es gelungen, aktive Sauerstoff-Inhalationen zu bewerkstelligen ohne

Stahlflasche, ohne Maske, überhaupt ohne jeden Apparat, auf billige Weise durch die ganz neuen Dr. Schiemer's aromatischen Sauerstoff-Inhalationen (patentamtlich geschützt), bei denen der Sauerstoff activ in statu nascendi eingeatmet wird.

Die Versuche haben ergeben, daß die Inhalation von aktivem Sauerstoff auf Asthma, Katarrhe der Luftwege, Lungenleiden, Influenza und Keuchhusten eine wunderbar wohltuende Wirkung ausübt. Auffallend und unverkennbar ist schon nach der ersten Inhalation die Erleichterung der Atmung; dieses Gefühl der Befreiung wächst mit jeder neuen Inhalation.

Es ist somit allen Leidenden jetzt die Möglichkeit geboten, durch Inhalation aktiven Sauerstoffs ohne Apparat ihre Leiden zu lindern und wieder gesund zu werden. Unbedingt sollte jeder Leidende einen Versuch machen, zumal dieser Versuch nichts kostet. Man schreibt nur eine Postkarte an die Aktiv-Sauerstoff-Gesellschaft m. b. H. Charlottenburg 5/1 96, auf der man seine genaue Adresse deutlich angibt, und man erhält umgehend gratis und franco eine Probe-Inhalation zugesandt, sobald man sich ohne Kosten von der Wirkung dieses hilfreichen Mittels überzeugen kann.

Man zögere nicht! Jeder Tag ist wichtig! Genaue Gebrauchsanweisung und ärztliche Gutachten usw. liegen der kostenfreien Probefendung bei! 1389



Ein handgreiflicher Beweis

der Billigkeit von Kaffreiners Malzkaffee ist das ersparte Geld, das man am Ende des Jahres im Beutel hat, wenn man täglich Kaffreiners Malzkaffee trinkt. — Das ist in diesen teuren Zeiten von größter Wichtigkeit!

Der Schalk macht's!

Glücklich

macht ein richtig zubereitetes Mullig mit ein wenig gerösteter Leinwand. Alles dies erzeugt die echte 667

Storchmehl - Lilienmilch - Seife

von Bergmann & Co., Radobenz, Seife à 50 Hg., immer ready bei Lilienmilch-Cream Soda

mit und ohne Fett in einer Packung und in einem Beutel, 50 Hg. bei:

- S. G. Schwarz, Chemnitz, 4.
- H. Dreyer, Rastbach, 4.
- Paul Gröschel, Chemnitz, 16.
- Friedr. Günzel, Chemnitz, 38a.
- W. H. Hirschmann, Chemnitz, 25.
- F. Hoffmann, Chemnitz, 63.
- Carl Krieger, Chemnitz, 44.
- Paul Krieger, Chemnitz, 16.
- Max Loh, Chemnitz, 85.
- Kurt Meyer, Chemnitz, 75.
- Frans Marawa, Chemnitz, 59.
- H. Schönebeck, Chemnitz, 87.
- G. Spindler, Chemnitz, 50.
- Storchmehl-Apothek, Ring 44.
- Storchmehl-Apothek, Rastbach, 11.



Wünschen Sie

Briefe zu diktieren?
Oder Manuskripte sauber schreiben zu lassen?
Oder schnelle Vervielfältigung von Zirkularen?

Wir bedienen Sie prompt, diskret u. preiswert.

1258

Vermietung von Schreibmaschinen.

Reparaturwerkstätte

für alle Systeme.

Zubehöre für sämtliche Schreibmaschinen.

Smith Premier Typewriter Co.

Breslau, am Schweißitzerstrasse 8.

Telephon 7804.

„In freien Stunden“
Durch die Expedition und Korrespondenz zu begünstigen.

Wohnwagen

aus dem Material zu Spottpreisen.

Wagen- und Sportwagen

Reise- und Waghörbe

nur Karlsstr. 6

Stofffedern und fertige Betten.



100

Stoff- und Federbetten
Stoffe ganz und frisch
Stilles Kammerstück
Stilles Kammerstück

Möbel

1121

Küchle n. Bismarck n. Bismarck 25
Schrank 21 n. Bismarck 35
Ein- u. Mehrschicht-Christbaum
von 100 A an. — Stablage gratis.
Schickung ohne Verpackung ermöglicht.

Als sportlich. Zeitl. geht.

Max Giesel

Städtische Str. 5, ptr. u. l.